

# Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Ansträger monatlich 6,00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengefaltete Zeile oder deren Raum 200 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 170 Pfg., Reklamen 700 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 220.

Dienstag, den 20. September 1921.

28. Jahrgang.

## Sozialdemokratischer Parteitag.

Dr. L. Görlitz, 18. September.

Auf heute nachmittag 6 Uhr war Begrüßung und Eröffnung des Parteitages festgesetzt. Stunden schon vorher stauten sich Massen von Neugierigen vor der Stadthalle; hoch über ihren Köpfen leuchteten im herrlichsten Sonnenschein große rote Fahnen, an die proletarische Entschlossenheit erinnernd.

Biel später erst kamen die Delegierten, fast immer gruppenweise; Altkarte und Abzeichen der Republik fehlten bei keinem. Hinter den weichen und schnellen Sachsen gingen knorrige Bayern; neben dem lebhaften Frankfurter der breite und behäbige Ostpreuße. Und auch Berliner, dann Süddeutsche, lustige Rheinländer.

Nur die bekannten Gesichter wollten nicht kommen; und auf die warteten doch gerade die Görlitzer Genossen und Spießer, und auch viele andere. Der Badener Schöpplin war einer der ersten; seinem treuen Gesicht mit dem fremdwirkenden Kiemer sah man den schärfsten Gegner und Kenner der Offizierschliche nicht an.

Radbruch kam; bald auch Adolf Braun. Aber immer noch nicht die, die man gesehen haben mußte. Die zogen es wohl vor, im letzten großen Gedränge im Saal zu verschwinden.

Ach, der alte Bernstein. Gutmütig und ärmlich, wie immer. Er suchte seinen Platz, und er fand ihn auch, bis eine resolute Genossin ihn recht spitzig vertrieb. Der kluge alte Gelehrte hatte rechts und links verwehrt. Das Gedränge wurde größer; überall grühten sich alte Bekannte. Der blaue Schädel Philipp Scheidemanns aber und seine blühenden Augen beherrschten das Feld.

Da erklang die Orgel; und Sachs herrliche Harmonien grüßten die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie.

Kurzes Arbeitslied; dann bestieg der 79jährige Genosse Kellner, der Theodor Schwab in Görlitz, die Tribüne und begrüßte die Gäste und erzählte von guten und schlechten Zeiten und der Arbeiterbewegung.

Nach ihm sprach Herrmann Müller. Sachlich und kurz sprach er die Absicht der Partei; und mit feinem Spott betrauerte er den pathologischen Bürger Rudendorff und seinen Anhang. Darauf wählte der Parteitag seine Leitung; der Ausschluß hatte so gut vorgearbeitet, daß nach Minuten alles erledigt war. Weis und Taubadel gingen an ihre Plätze.

Folgte die Begrüßung der ausländischen Gäste, die der Reihe nach die Grüße ihrer Genossen überbrachten. In dem harten Deutsch, das man noch von der Nordischen Woche her kennt, sprach Stauning - Dänemark. Er konnte in seiner Erscheinung ebenso gut den deutschen Wasserkrante sein, als von Dänemark. Gustaf Möller - Stockholm sprach frei und fast fehlerlos, wenn auch zögernd. Ebenso der typische Holländer. Nach dem Tschechen und dem Ungarn sprach der bekannte Georgier Tschaidse; er sprach georgisch; fast wie der Vortrag eines deutschen Oberlehrers wirkten seine Worte. Die Uebersetzung zeigte ihn als den vollendeten Meister der Form.

Das Schlüsselwort sprach Genosse Weis. Wie gegen einen unfehlbaren Gegner kämpfte er mit geballten Fäusten und gesenkten Augenbrauen gegen den Vernichtungswillen der Entente und gegen den Kapitalismus.

Damit war die eigentliche Eröffnung erledigt; nach kurzer Pause folgte der zweite, der künstlerische Teil.

P. Görlitz, 19. September. (Eig. Drahtbericht.)

Vorsitzender Weis eröffnet die Sitzung und erteilt sofort das Wort dem Genossen

### Hermann Mollenbuhr zum Programm.

Namens der Programmkommission beantragt Mollenbuhr die Einsetzung einer neuen Kommission von 28 Mitgliedern. Das alte Programm, so sagt er, wird immer dann zum Heiligtum, wenn es heiliget werden soll. (Sehr gut!) Das war schon immer so. Unsere Bewegung braucht, wenn sie rüftig vorwärts schreiten soll, einen Motor als treibende Kraft, und das ist das Programm. Es soll sich gerade an die Kreise wenden, die der Bewegung bis dahin völlig ferngeblieben sind, und unter diesen Gesichtspunkten hat uns das Erfurter Programm wertvolle Dienste geleistet, denn wir sind mit ihm zur härtesten Partei Deutschlands geworden. Es war eben kein beliebiger Wunschzettel, der natürlich leicht aufzustellen wäre, sondern es war herausgemacht aus den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen. Was von dem Erfurter Programm gilt, gilt mit demselben Recht auch vom Göttharer Programm, von dem manche Kritiker behauptet hatten, es würde die Partei demoralisieren. Aber diese Demoralisation erfolgte nicht, wohl aber ermöglichte uns das Göttharer Programm, dem Sozialistengeheiß den echten Rebellentrotz entgegenzusetzen, allen Vorurteilen von Most und von Stöcker zu widerstehen und die alten Grundzüge der Partei hochzuhalten. (Beifälliger Beifall.) Gewiß war vieles am Göttharer Programm angreifbar, aber die Partei hat damals in die falschen Formulierungen den richtigen Kern gebracht und so ist die Bewegung vorwärtsgetrieben. Das alte Programm stand einem Kapitalismus gegenüber, der fast unergründlich schien. Jetzt hat der Weltkrieg die Verhältnisse vollkommen geändert. Schwerlich wird es dem Kapitalismus gelingen, die Vergangenheit zu neuem Leben zu erwecken. Selbst in den Siegerstaaten ist der Kapitalismus krank. England hat die dreifache Zahl der Erwerbslosen wie wir und die Neutralen zulammen. Es muß eine neue Welt aufgebaut wer-

den, und die Arbeiterschaft muß sie bauen. (Sehr gut!) Unser Programm soll nun sagen, wie die neue Welt gebaut werden soll. Die Richtung der Entwicklung ist freilich in dem Sinne schwer vorherzusagen, aber über unsere nächsten Aktionen, um sie vorwärts zu treiben, sind wir uns doch einig und klar. Unser Programm war immer überwiegend ein Agitationsprogramm. Dann hat es einen größeren Umriß unserer wirtschaftlichen und sozialistischen Ideale erhalten. Heute bringen wir ein Programm praktischer Verwirklichung. Unser Programm wird umfangreicher, wird das viel verspottete „Stichwortverzeichnis“. Gewiß sind wir eine große revolutionäre Partei, aber wenn man genauer hinsieht, sind alle großen revolutionären Ereignisse in Natur und Geschichte nur die Zusammenfassung unendlich vieler Kleinigkeiten gewesen. Wollen Sie daher die Kleinigkeiten nicht unterschätzen. Marx hat den zehn-Stundentag in der Inauguraladresse und im „Kapitalismus“ als Sieg eines Prinzips bezeichnet. Wir werden Duzende, Hunderte solcher Gesetze schaffen müssen, die in Wirklichkeit in großen revolutionären Angelegenheiten an die Stelle des alten getreten ist, und dabei fast jede Verwirklichung neue Forderungen und neue Arbeit. Die Programmkommission hat zu ihren Arbeiten zahlreiche Sachverständigen hinzugezogen und die Ausarbeitungen der Sachverständigen veröffentlicht. Da hat die Kritik richtig eingesehen, aber an neuen Vorschlägen hat es gefehlt. Je stärker die Beurteilung, um so schwächer die positiven Vorschläge. Im Jahre 1891 wurde der Entwurf des Parteivorstandes auch heftig kritisiert. Aber ihm standen gegenüber drei komplette Gegenentwürfe der Redaktion der „Neuen Zeit“ von Jakob Stern und von den „Jungen“ Kampfmeyer, Auerbach und Genossen; dazu hatte man die Forderungen des zweiten Teiles gänzlich umgearbeitet, und dem Parteitag wurden 70 Abänderungsvorschläge eingereicht. Heute fehlt jeder positive Gegenentwurf. Von den Kritikern verlangt Genosse Görlitz, daß der Entwurf jeden Arbeiter fesseln, überzeugen und werben Kraft enthalten müsse. Aber warum verurteilt Genosse Görlitz nicht ein solches Programm mit solcher Wut? Warum schreit er keine Titanenkraft? (Heiterkeit.) Gewiß ist die Sprache bei jeder Kollektivarbeit farblos, als wenn ein einzelner seine Ideen entwickelt, aber wenn Genosse Wendel zugibt, daß das Programm wissenschaftlich sorgfältig abgewogen, warum leibt er uns nicht seinen prunkvollen Stil? In einer Zeitschrift sind 20 Artikel gegen das Programm erschienen, aber darin war kein einziger positiver Vorschlag. (Hört, hört!) und doch brauchen wir ein neues festes Programm. Im Juni 1920 jubelten die Unabhängigen über ihre großen Erfolge. Sie hatten sehr viele Stimmen gewonnen, aber nicht so viel, wie wir verloren hatten. Seitdem gewinnen wir unausgesehen, aber nicht so viel, wie die Unabhängigen verlieren und worauf es ankommt, ist doch nur, daß das ganze Proletariat seine Macht erweitert. (Sehr gut!) Wir müssen Werkkraft entfalten für die Kreise, die uns noch fernstehen, besonders für die Arbeiter im bürgerlichen Lager. Manchem unserer Parteigenossen ist unsere neue Stellung im Staate noch unbehaglich. Früher wußten wir, daß wir vor allem den gegenwärtigen Staat nicht stützen wollten. Jetzt sind aus den alten „Reichsfeinden“ die Stützen der Republik geworden, die sie erfüllen wollen mit echt demokratischem und echt sozialdemokratischem Geist. Dieser Tatsache muß auch das Programm Rechnung tragen. Im ersten Entwurf haben einige Worte gefehlt, zum Beispiel das Wort „Klassenkampf“. Ein Kritiker hat uns angefahren, wir seien Träumer, wenn wir jetzt von einer Veröhnung der Klassen phantastieren. Aber davon steht in dem Entwurf kein Wort. Wir haben einen großen Genossen im Unglück: Auch im Statut der Internationale hat Marx das Wort „Klassenkampf“ vergessen.

Man hat vom Programm gefürchtet, daß es die Einigung der Arbeiter aufhalten könnte. Aber der Streit der Arbeiterparteien, der Lassalleaner und der Eisenacher, der Mehrheitssozialisten und der Unabhängigen hat sich nie um Programmpunkte gedreht. Auch die Unabhängigen haben in ihr Aktionsprogramm die Kriestheorie nicht übernommen, dafür aber die Erstrebung der Räteherrschaft eingelegt. Wir bleiben nun und für immer auf dem Boden der Demokratie. Aber das hindert nicht, bei einer späteren Einigung einzelne Programmpunkte anders zu bauen. Bei dem rasenden Tempo der Entwicklung wird ohnedies eine ständige Nachprüfung des Programms nötig sein. Aber hoffentlich wird unser Programm die Umrisse für den Aufbau der nächsten Zukunft zeigen. Wenn wir die Schwierigkeiten überwinden, wird der Sozialismus in Deutschland wieder besser fortkommen, und dann werden wir die Führung der Sozialisten in der ganzen Welt haben. Aber der Aufruf bedarf das deutsche Proletariat, um zum Siege zu gelangen. Unser neues Programm soll das Panier sein, um das sich die Kämpfer des Sozialismus sammeln, unter dem sie den Sieg erreichen. (Langanhaltender Beifall.)

### Einsetzung einer neuen Programmkommission.

In die Programmkommission werden einstimmig gewählt: Eduard Bernstein, Adolf Braun, Otto Brauns, Heinrich Cunow, Eduard David, Erika Breslau, Gertrud Hanna, Elise Höfs, Hellmann-Hamburg, Marie Tuscharz, Keil, Max Leuterich, Paul Löbe, Hans Markwald, Hermann Mollenbuhr, Hermann Müller-Lichtenberg, Max Quard, Albert Pflüger, Antonie Pfüll, Georg Radbruch, Seydewitz-Widau, Wilhelm Solimann, Friedrich Stämpfer, Willi Steinkopf, Heinrich Ströbel, Rudolf Wissele.

Hierauf nimmt der Parteitag den Tätigkeitsbericht des Parteivorstandes entgegen. Bericht hierüber folgt morgen.

Sodann erlattet Genosse Franz Krüger den Bericht des Parteivorstandes. Genosse Partels gibt den Klassenbericht und in der Nachmittags Sitzung legte die Diskussion ein. Raumangels wegen können wir erst morgen mit der ausführlichen Berichterstattung beginnen.

### Richtlinien für die Koalitionspolitik.

Partei Vorstand, Kontrollkommission und Parteiauschuß haben zur Frage der Koalitionspolitik mit bürgerlichen Parteien folgende Resolution vorgelegt:

„In der deutschen Republik geht alle Regierungsgewalt vom Volke aus. Jede Partei hat die Möglichkeit, entsprechend ihrem Anhang im Volke die Richtlinien der Regierungspolitik zu beeinflussen, was am wirksamsten durch die Teilnahme an der Regierung geschehen kann. Auf die Teilnahme an der Regierung der Republik wird die sozialdemokratische Partei besonders dadurch hingewiesen, daß sie die größte Partei des deutschen Volkes ist, und die einzige Partei, die von jeher ohne Einschränkung und Grundzüge auf dem Boden der republikanischen Staatsforderung und des demokratischen Selbstbestimmungsrechts des Volkes steht, weil diese einen günstigen Boden für die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft bilden. Die Sozialdemokratie darf daher nicht warten, bis sie imstande ist, die ganze Regierungsgewalt allein zu übernehmen, sondern sie muß versuchen, auch vorher schon zur Sicherung der republikanisch-demokratischen Staatsform ihre politische Macht in die Regenschale zu werfen, um so auch der Erreichung ihrer sozialistischen Ziele näherzukommen. Dies ist jetzt um so nötiger als die Not des deutschen Volkes die Anspannung aller Kraft erfordert. Die Sozialdemokratie ist bereit, zu diesem Zwecke mit anderen Parteien im Reiche und den Ländern in der Regierung zusammenzuarbeiten, wenn mit diesen Parteien eine Verständigung über ein Arbeitsprogramm möglich ist, das folgende Grundforderungen enthält:

Anerkennung und Verteidigung der Republik, Sicherung des demokratischen Selbstbestimmungsrechtes des Volkes, im Reich, Staat und Gemeinde, Demokratisierung der Verwaltung, Republikanisierung der Reichswehr und Polizeiorgane, Sicherung und Ausbau der sozialen Gesetzgebung, Politik der Volksverständigung, Loyale Erfüllung des Friedensdiktates in den Grenzen unserer Leistungsfähigkeit, und Ausbringung der dadurch bedingten Lasten in erster Linie durch weitgehende Heranziehung des Reiches.

Im übrigen soll der Parteivorstand unter Berücksichtigung der allgemeinen politischen Verhältnisse im Benehmen mit den in Frage kommenden Fraktionen über den Eintritt von Parteigenossen in die Regierung entscheiden.“

### Heeresleitung und Waffenstillstand.

Ueber die Vorgeschichte der Waffenstillstandsverhandlungen im Herbst 1918 bringt Dr. Adolf Köster im „Vorwärts“ neues Material bei, das schon um deswillen Beachtung verdient, weil es für die politische Nebenregierung der Obersten Heeresleitung charakteristisch ist. Unmittelbar nach dem Abgang des deutschen Friedensangebots hatte die Oberste Heeresleitung mit militärischer Fixigkeit von sich aus eine Waffenstillstandskommission zusammenzusetzen begonnen und den General v. Gündell an ihre Spitze gestellt. Die Kommission begann ihre Sitzungen am 7. Oktober. Noch am gleichen Tage richtete der damalige Vertreter des Auswärtigen Amtes in Spa, Herr v. Dersner, an den Staatssekretär Solff ein Telegramm, in dem es heißt:

„Bei den heute begonnenen Sitzungen der deutschen Waffenstillstandskommission wurde ich gebeten, folgendes Material schnellstens zu beschaffen:

1. Die grundlegenden wichtigen Notizen, die wir während des Krieges mit dem Feinde gewechselt haben in deutscher und in der Sprache, in der sie übergeben sind. Man denkt hierbei an die Note über den uneingeschränkten U-Boot-Krieg, unsere Antwort auf die Pappnote usw.

2. Grundlegende Notizen.

Ich habe darauf hingewiesen, daß es dringend wünschenswert sei, die Waffenstillstandsverhandlungen möglichst nur auf rein militärische Fragen zu beschränken. General v. Gündell stimmte dem völlig bei, hat mich jedoch der Stäblichkeit halber, das oben aufgeführte Hilfsmittel zu beschaffen.“

Man sieht hieraus, daß auch nach dem militärischen Zusammenbruch die Oberste Heeresleitung es als selbstverständlich in Anspruch nahm, auch jetzt noch mit dem Gegner politische Verhandlungen zu führen, und man kann höchstens zu ihrer Entschuldigung sagen, daß sich bis dahin die Vertreter der Regierung ihren Uebergriffen immer wieder beugt hatten. Diesmal kamen sie allerdings an den Unrechten. In der Antwort des Staatssekretärs Solff an Herrn v. Dersner wird gesagt:

„Der Waffenstillstandskommission liegt lediglich die Regelung der den Waffenstillstand betreffenden militärischen Fragen ob. Politische Fragen werden bei den Friedensverhandlungen geregelt und erörtert. Sollte wider Erwarten bei Waffenstillstandsverhandlungen Material erforderlich sein, das das politische Gebiet berührt, so wird dasselbe dem Vertreter des Auswärtigen Amtes zur Verfügung gestellt werden und von diesem zu verwerten sein.“

Bitte O. S. L. entsprechend zu informieren.

Dr. Köster fügt hinzu, daß die Oberste Heeresleitung und besonders General v. Gündell über diesen Fall in der Tat höchst entsetzt gewesen seien, und daß von dieser Zeit ab die Gündell'sche Waffenstillstandskommission auf das Berliner Kriegskabinett nicht gut zu sprechen war. Das hinderte indessen die Oberste Heeresleitung nicht, ihre eigenen Vorbereitungen für die Verhandlungen mit dem Feinde fortzusetzen. Dr. Köster teilt darüber folgendes mit:

„Wie schief die Militärs damals die Lage beurteilten, geht auch aus den umfangreichen Personalvorbereitungen hervor, die sie zur Reise nach dem Orte des Waffenstillstandes trafen. Hohe Militärs und Diplomaten, Adjutanten und Hofräte, Stenographen und Burschen, alles in doppelter und dreifacher Garnitur, ja sogar einen Journalisten hatte man darauf vorbereitet, an den Verhandlungen persönlich teilzunehmen. Jeder Tag zeigte deutlicher, daß es zu ausführlichen Verhandlungen gar nicht kommen würde. Die O. S. L. blieb bei ihren Vorbereitungen. Man hätte meinen sollen, daß es schwer war, Männer zu finden, die den harten Gang nach Compiègne antraten. Das war nicht der Fall. Was wir später in Deutschland erlebten, sobald eine Entente-Kommission mit deutscher Begleitung zu verhandeln war, spielte sich schon damals ab: die Offiziere drängten sich geradezu, an der Expedition teilzunehmen. Um so heftigeren Unwillen erregte es, als der von dem Reichsminister ernannte und vom Kabinett einstimmig delegierte Staatssekretär Erzberger eines Tages in Spa eintraf.“

Nach diesem Vorspiel war es begreiflich, daß Erzberger schließlich auf die Mitwirkung des Generals v. Gündell verzichtete.

### Sanktionen und Pressefreiheit.

Paris, 19. September.

Der unvereinbare Widerspruch zwischen der Reuter-Meldung, wonach man in England den von Frankreich in der Frage der Aufhebung der Sanktionen eingenommenen Standpunkt als zu weitgehend ansehe, und den offiziellen Versicherungen der französischen Regierung, daß zwischen Paris und London vollkommenes Einverständnis bestehe, findet seine Erklärung in einem Telegramm des Londoner Korrespondenten des „Journal“. Danach hat tatsächlich in dieser Frage ein sehr scharfer Gegensatz zwischen Frankreich und England bestanden, der zu einem neuen diplomatischen Konflikt zu führen drohte. Es sei zu einer Verständigung gekommen, daß England seine Bedenken gegen die weitere Aufrechterhaltung der Sanktionen aufgeben und die Berechtigung des französischen Standpunktes anerkennen habe.

Nach einer Havas-Meldung aus Koblentz hat die Interalliierte Rheinlandskommission beschlossen, die Einführung der bisherigen Publikationsorgane ins besetzte Gebiet endgültig zu untersagen, die schon zweimal suspendiert worden sind und dieser doppelten Warnung nicht Rechnung getragen haben. Bei dieser Gelegenheit hat die Kommission der deutschen Reichsregierung gebeten, die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf die unheilvolle Rolle zu lenken, die die Haltung mehrerer deutscher Mäler für die Wiederherstellung der friedlichen Beziehungen in Europa darstellt. Die deutsche Regierung werde wohl alle Anstrengungen machen, daß sowohl im besetzten als im unbesetzten Deutschland die heftigen Angriffe gegen die Besatzungsbehörden und gegen die alliierten Mächte aufhören, ebenso wie die gegen deutsche Behörden gerichteten Angriffe, die gleichfalls die öffentliche Debatte zu ähren drohten.

Mit solchen Unterdrückungsmaßnahmen wird nichts erreicht und wirklich bestehende Mißstände werden auch durch Pressenverbote nicht aus der Welt geschafft. Wir sind gewiß keine Freunde der nationalstischen Hege, aber es ist kein Geheimnis, daß auch die Arbeiter- und Angestelltenkreise im besetzten Gebiet mit den Maßnahmen der Besatzungsbehörden einverstanden sind.

### Zurückziehung der französischen Ruhrtruppen.

U. Berlin, 19. September. Die französische Regierung hat der deutschen Regierung folgende Note vom 17. d. Mts. überhandt: „Die französische Regierung hat die Rückverlegung der im Mai ankommenden Truppen nach Frankreich beschlossen; diese soll am 15. d. Mts. beginnen und vor Ende dieses Monats beendet sein.“ Es handelt sich hierbei um die sogenannte Ruhrarmee. Die Rückverlegung hat mit der Forderung der Aufhebung der Sanktionen nichts zu tun.

### Das Ultimatum an Ungarn.

Wien, 19. September.

Wie die Wiener Blätter melden, steht der wiederholt angekündigte Kollektivvertrag der Entente in Budapest unmittelbar bevor. Die Gesandten werden diesem bei der ungarischen Regierung nicht als Bevollmächtigte des Völkerbundes sondern als Vertreter der gesamten Entente gemeinsam vorstehen und der Budapest Regierung ein beschriftetes Ultimatum vorlegen. Die Gesandten werden in kategorischer Form die sofortige Räumung West-Ungarns verlangen und sehr scharfe Strafmaßnahmen androhen, die unverzüglich in Kraft treten werden, wenn die ungarische Regierung innerhalb der festgesetzten Frist die Forderungen der Entente nicht annimmt. Eine nicht ausreichende Antwort würde einer Ablehnung gleichkommen und dieselben Folgen nach sich ziehen.

### Die griechische Niederlage.

Die Meldungen, die vom Kriegsschauplatz in Kleinasien täglich eintreffen, lassen erkennen, daß die Griechen vor Angora eine Schlacht erlitten haben und zum teilweisen Rückgang an diesem Frontteil gezwungen sind. Es wird den Griechen kaum gelingen, die Türken aufzuhalten. Trotz starker Truppenmassen und überlegener technischer Ausrüstung der griechischen Armee gewinnen die Türken immer wieder Vorteile und machen so jeden Erfolg der Griechen wieder weh. Reuter meldet aus Smyrna: Wegen Verbindungschwierigkeiten sind die Griechen genötigt, sich auf das westliche Ufer des Saros zu zurückziehen. Weitere Kampfhandlungen der Angora-Front un-

wahrscheinlich. Ergänzende Nachrichten aus kemalistischer Quelle berichten, daß die kemalistischen Streitkräfte die Verfolgung des Feindes aufgenommen haben. Der Gegner wurde gezwungen, sich auf das rechte Ufer des Saros zurückzuziehen und eine große Menge Kriegsmaterial und Munition im Stiche zu lassen. Aller Wahrscheinlichkeit nach rückt die Abteilungen des linken griechischen Flügels bis zu den Vorbereitungen des Arditschberges vor. Es gelang ihnen, der drohenden Umfassung zu entgehen.

### Die irische Krise.

Der Notenaustausch zwischen Lloyd George und de Valera dauert an. Die Telegramme, die neuerdings zwischen Lloyd George und de Valera gewechselt wurden, sind derart, daß sie das Zustandekommen der Konferenz von Inverness als ausgeschlossen erscheinen lassen, wenn nicht in letzter Minute von der einen oder anderen Seite Konzessionen gemacht werden. Lloyd George erklärte, daß die irischen Ansprüche unerfüllbar seien. De Valera hat darauf geantwortet, er könne nur wiederholen, daß er die Einladung zur Konferenz unter den von Lloyd George in seinem Brief vom 7. September festgelegten Bedingungen bereits angenommen habe. Er verlange von ihm nicht die Aufgabe irgend eines Prinzips, aber Lloyd George müsse auch begreifen, daß die irischen Delegierten darauf bestehen müßten, für das angezogene zu werden, was sie in Wirklichkeit seien. Wenn dieser Anspruch als Vorwand zur Absage der Konferenz genommen werden sollte, so bedauere er das lebhaft, er vermöge aber darin keinen ausreichenden Grund zu erblicken. Lloyd George hat am Sonntag auf das letzte Telegramm de Valeras nochmals geantwortet, daß die Aufrechterhaltung der irischen Ansprüche und die Anerkennung der irischen Delegierten als Repräsentanten eines souveränen und unabhängigen Staates der englischen Regierung die Teilnahme an der Konferenz unmöglich mache. — In England sowohl wie in Irland, wo man es nicht begreifen würde, wenn über einer Formfrage die von beiden Seiten erstrebte Einigung scheitern würde, hat sich der öffentlichen Meinung eine gewisse Nervosität bemächtigt. Einige Mäler melden, daß Lloyd George wahrscheinlich den Rest seines Urlaubs opfern und nach London zurückkehren wird, wo er mit dem Kabinett über die neugeschaffene Lage beraten will.

### Ueber 100 Milliarden Besatzungskosten.

Im „Temps“ wird die Berechnung der Besatzungskosten, die von der Wiedergutmachungskommission noch zu prüfen und anzuerkennen ist, veröffentlicht. Die Summen für die Kosten der Besatzungsmächte, die die fünf Entente-Mächte seit dem Waffenstillstand vom 1. November 1918 bis zum 1. Mai 1921 verlangen, stellen sich wie folgt:

Vereinigte Staaten	278 670 610 Dollar;
Frankreich	2 304 850 470 Francs;
England	52 881 298 Pfd. Sterling;
Belgien	378 731 390 belgische Francs;
Italien	(das bloß in Oberösterreich Truppen unterhält)
	15 207 717 franz. Francs.

Die Tagesskosten für einen Mann stellen sich wie folgt: Vereinigte Staaten 4 1/2 Dollar, Frankreich 15,25 Fr., England 14 Schilling, Belgien 16,50 Fr., Italien 22 Fr.

Wenn man die oben angegebenen Summen in Mark umrechnet, ergibt sich, daß Deutschland bis zum 1. Mai 1921 über 100 Milliarden Papiermark für Besatzungskosten aufbringen muß, eine Summe, die inzwischen noch um etliche Milliarden vermehrt worden ist.

### Streikausdehnung in Nordfrankreich.

U. Lille, 20. September. Die Licht- und Kraftarbeiter haben ebenfalls den Betrieb eingestellt. Die Zahl der Streikenden beträgt 196 000. Bis jetzt sind Truppen in Stärke von etwa 30 000 Mann eingetroffen. Die organisierten Arbeiter verhalten sich ruhig, doch befinden sich viele fremde Elemente unter den Auswärtigen, die verschiedene Angriffe auf die Truppen unternommen haben. Die Kommission des Arbeitgebersverbandes hat den Beschluß der Herabsetzung der Löhne um 20 Cts. für die Stunde bestätigt. Es sei eine unüberwindliche wirtschaftliche Notwendigkeit vorhanden, die zu einer Herabsetzung der Löhne zwingt. Ein Schiedsspruch könne nicht angenommen werden.

### Das deutsch-belgische Finanzabkommen.

Frankfurt, 20. September. Nachdem über die 6 Milliarden deutscher Banknoten, die sich während des Krieges und kurz nach seinem Ende in Belgien angesammelt hatten, schon einmal durch den damaligen Reichsfinanzminister Erzberger ein Abkommen gefaßt worden war, das aber schließlich nicht ratifiziert wurde, sind seit einiger Zeit erneut Verhandlungen geführt worden, die jetzt unmittelbar vor dem Abschluß zu stehen scheinen. Nach Informationen der „Frankf. Zig.“ bewegen sich die Verhandlungen auf folgender Grundlage: Vier Milliarden deutscher Mark werden zum Kurse von 1,25 Franken von Deutschland übernommen. Deutschland verpflichtet sich, diesen Betrag in 30 Annuitäten bei 2 Prozent Verzinsung zu tilgen. Die restlichen 2 Milliarden sollen später zu einem Kurse von 25 Centimes für die Mark übernommen werden. Belgien verzichtet dafür auf die Liquidation des konfiszirten deutschen Eigentums.

### Neue russische Vertretung in Berlin.

An Stelle des bisherigen Vertreters der Sowjetregierung in Berlin, Victor Kopp, der inzwischen die Interessenwahrung des russischen Roten Kreuzes übernommen hat, wird in aller Kürze der russische Kommunist Krestinski treten. Die deutsche Regierung hat das Abkommen bereits erteilt. Der Name Krestinski ist bereits vor einiger Zeit in der deutschen Presse häufiger genannt worden. Krestinski wurde bekanntlich vor einigen Monaten von der bayerischen Regierung unehrenhaft ausgewiesen, als er in Bayern mit einem seiner Freunde Kurantenschaft genommen hat. Bisler hat die bayerische Regierung keine stichhaltigen Gründe für die Ausweisung Krestinski's, der die Erlaubnis der Einreise nach Deutschland besaß, beigebracht.

### Preußen, Bayern und das Reich.

Berlin, 20. September.

Eine neue preussische Regierungserklärung betont, Preußen habe im Streitfall zwischen dem Reich und Bayern überhaupt nicht Partei ergreifen, weder gegen das Reich noch für

Bayern. Aufgabe der preussischen Regierung bei der Gesamtlage am letzten Sonnabend war es vielmehr, zu verhindern, daß neben dem Streit zwischen dem Reich und Bayern sich nicht noch ein weiterer Streit zwischen Preußen und Bayern herausbilden werde, womit die politische Gesamtlage nur verschärft worden wäre. Die jetzige Zeit sei bei der außerordentlich ernsten außenpolitischen und finanziellen Lage des Reiches und bei der Erregung im Innern aus Anlaß der Ermordung Erzbergers nicht geeignet, die Frage der staatlichen Zuständigkeit zwischen dem Reich und den Ländern auf die Spitze zu treiben und zur endgültigen Klärung zu bringen.

### Rahr verzichteten begünstigt.

Ministerpräsident von Rahr hat dem Landesauschuss der bayerischen Volkspartei brieflich mitgeteilt, daß er, um der Zwangslage auszuweichen, die durch den Beschluß des ständigen Landtagsauschusses geschaffen sei, auf den Präsidentenposten verzichte. Auch seine grundsätzliche Auffassung über das Verhältnis von Reich und Einzelstaaten halte ihn ab. Sollte v. Rahr tatsächlich nicht wieder auf der Bildfläche erscheinen, so würde das nur im Interesse der bayerischen Volkspartei liegen. Ein von Rahr im Hintergrund, ohne irgendwelchen Einfluß, wird die notwendige Lösung über die zugespitzten Fragen wesentlich erleichtern.

### Gegen militärische Geheimorganisationen.

Das Reichskabinett beschäftigte sich am Montag nachmittag mit der obersten Frage und insbesondere mit den Geheimorganisationen, die sich auch heute noch an der ober-schlesischen Grenze in Form von Vereinen aufhalten. Die Beratungen des Kabinetts über diese Fragen werden in den nächsten Tagen fortgesetzt werden. Heute aber kann schon gesagt werden, daß die Reichsregierung gewillt ist, mit allen Mitteln, sei es gegen Orge-sh-Formationen, die vereinsmäßig bestehen, oder auch in anderer Form noch heute existieren, vorzugehen.

### Fromme Wünsche.

Am Sonntag tagte in Berlin der Reichsarbeiter-Ausschuss der Deutsch-demokratischen Partei. Nach dem Bericht des Berliner Tageblatts wurde in der Diskussion über die Aufgaben der Arbeiterbewegung in der demokratischen Republik u. a. „Eine stärkere steuerliche Belastung des Reiches verlangt“. Nach dem gleichen Bericht verlangten andere Redner „einen energischeren Schutz der Republik gegen die reaktionären Gegenströmungen“ und bedauerten die Haltung der demokratischen Reichstagsfraktion in der Flagenfrage. Weitere demokratische Arbeiter bedauerten die Duldung reaktionärer Antirepublikaner in hohen Verwaltungsstellen durch das preussische Ministerium des Innern, wieder andere bekämpften ein Zusammengehen der Demokratischen Partei mit der Deutschen Volkspartei.

Man muß den demokratischen Arbeitnehmern gestehen, daß sie auf dem Holzwege sind, wenn sie glauben, daß ihren Forderungen, die selbstverständlich die unseren sind, in der demokratischen Reichstagsfraktion Rechnung getragen werden wird. Gerade die demokratische Reichstagsfraktion hängt stark an den Besitz und ihr bisheriges Verhalten hat erwiesen, daß genau wie bei den Rechtsparteien auch ihre Vaterlandsliebe am Geldbeutel ein Gebilde nimmt. Genau dieselben Erscheinungen erlebt die demokratische Arbeiterbewegung bei ihrer Forderung auf Demokratisierung der Verwaltung, wo man bemerkt ist, die Demokratie nach allen Regeln der Kunst zu sabotieren.

### Die U.S.P. für den Schutz der Republik.

Berlin, 20. September.

Die „Freiheit“ meldet: Die Reichstagsfraktion der U.S.P. hat die zum Schutze der Republik angekündigte Interpellation eingebracht, die kurz nach dem Wiederzusammentritt des Reichstages zur Verhandlung kommen wird. Es heißt darin: Der Reichsminister Dr. Wirth hat als sein Programm für die Führung der Reichsgeschäfte bestimmt: positives Eintreten für Republik und Demokratie, sowie Loyale Erfüllung der Londoner Ultimatus. Dieses Regierungsprogramm wird mit allen Mitteln bekämpft von den Vertretern des alten Systems des Monarchismus und Militarismus, die sich der Unterstützung einflussreicher und finanziell kräftiger kapitalistischer Kreise erfreuen, und deren Ziel der Sturz der Republik und die Wiedererrichtung der Monarchie ist. Diesem Treiben muß Einhalt geboten werden. Welche Maßnahmen gedenkt die Reichsregierung zu ergreifen, um dieses Ziel zu erreichen?

### Sonderbare Werbungen.

Das Personalamt der Marinektion der Nordsee hat mitgeteilt, daß „augenblicklich größerer Bedarf an Mannschaften für die Reichsmarine vorliegt, und bei der Werbung um Unteroffiziere gebeten“. Wenigstens teilt die Dienststelle der Admiralität Hamburg das der Presse mit. Dem Schreiben ist zu entnehmen, daß nicht nur technisches Personal, sondern auch seemannisches, darunter Kellner (!), Musiker (!) usw. gesucht werden. Die Leute müssen zwischen 17 und 23 Jahr alt sein. Diese Werbungen, die nach der Art der verlangten Kategorien Bemannungen von ganzen Schiffen zu betreffen scheinen, machen jetzt gerade einen so sonderbaren Eindruck, daß man gern näheres darüber erfahren möchte. Liegt unsere Zukunft etwa wieder einmal auf dem Wasser? Wir meinen: es steht uns dank dieser Art „Zukunftspolitik“ schon so bis zum Hals.

### Zwei Urteile!

Memminger Landfriedensbruch-Prozess.

U. München, 19. September. Das Urteil im Landfriedensbruch-Prozess in Memmingen lautet: Dr. Sicius und Eduard Heil werden wegen Anstiftung zu schwerem Hausfriedensbruch zu einem Monat Gefängnis, Frig Heil und Stöhr wegen einfachen Hausfriedensbruches zu fünf Tagen Gefängnis verurteilt. Den Verurteilten wird Bewährungsfreiheit bewilligt bis 1. Oktober 1923. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. — Das Volksgericht in München verurteilte den unabhängigen Landtagsabgeordneten Fischer-Münchberg, der in einer Parteiverammlung die Ausrufung der Republik Franken gefordert hatte, wegen Aufforderung zum Hochverrat zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis. Dr. Staatsanwalt hatte drei Jahre Gefängnis beantragt. Ein Kommentar ist überflüssig.

# Regierung und Belagerungszustand.

In einer Unterredung mit dem Berliner Korrespondenten des „Matin“ erklärte der Reichsminister Dr. Graubauer:

„Der gefährlichste Feind der Republik sind die Offiziere und Beamten und Unversitätsprofessoren, die die Republik ihrer privilegierten Stellung beraubten. Sie können sich mit dem gegenwärtigen Zustand nicht abfinden und verachten die Arbeiterklasse, deren wundervoller Widerstand gelegentlich des Rapp-Bußches den Plan, die Monarchie wieder herzustellen, vernichtete. Es ist möglich, daß unter ihnen eines Tages wieder ein Katalina (ein großer römischer Verschwörer) erüunde. Zu dieser gefährlichen Gruppe kann man noch alle Unzufriedenen hinzurechnen, die die deutsche Republik für die Verteuerung der Lebensführung und das Wirtschaftsleben verantwortlich machen. Sie glauben, daß die Rückkehr der Monarchie die Heilung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands herbeiführen könnte. Die großen Schwierigkeiten der auswärtigen Lage liefern diesen Gegnern wertvolle Argumente. Sie werfen der deutschen Republik vor, daß sie auf außenpolitischem Gebiete keinen Erfolg hatte. Die Presse der Rechten schürt den Haß nicht nur gegen Frankreich, sondern auch gegen die deutsche Demokratie. Es war ein Irrtum Frankreichs, die Zwangsmaßnahmen nach der Annahme des Ultimatus aufrecht zu erhalten zu haben. Die brennendste Frage ist die von Oberschlesien. Wenn diese Provinz, die ihre Entwicklung der Arbeit und der Industrie Deutschlands verdankt, dem Reiche nicht verbleibt, könnte man eine „freiwillige Rechtswelle“ nicht vermeiden. Das Verbrechen von Grisebach hat die monarchistische Gefahr enthüllt. Es hat sich aber gezeigt, daß die Arbeiterklasse immer einig ist, wenn es sich darum handelt, die Verfassung zu verteidigen. Sollten neue Attentate gegen Republikaner oder Sozialisten verübt werden, wäre es nicht mehr möglich, den Unwillen der Arbeiterklasse einzudämmen. Glücklicherweise wünscht niemand den Bogen allzusehr anzuspannen. Die Vertreter der äußersten Rechten und der äußersten Linken versprochen mir, ihre Presse zur Mäßigung einzuladen. Mit Bayern dürfte man bald zu einem Einvernehmen gelangen. Der Belagerungszustand wird aufgehoben werden. Die Reichsregierung kann es nicht länger dulden, daß ein Ausnahmezustand besteht, unter dem die Republikaner verfolgt werden und die monarchistischen Verschwörer alle Freiheit genießen.“

# Chrhards Reisen in Deutschland.

Korvettenkapitän a. D. Ehrhardt sendet den „Münchener Neuesten Nachrichten“ aus Salzburg eine Erklärung zu dem Bericht des Herrn Weismann, der folgende Feststellungen entnommen sind: Nach dem Rapp-Bußch versuchte ich, Teile meiner Leute unterzubringen. Die meisten wurden in Norddeutschland angesehelt, nur ein kleiner Teil in Süd-

deutschland und Bayern. Von diesen Leuten waren die meisten Süddeutsche. Bei dieser Gelegenheit war ich einige Male auf dem Polizeipräsidium und bei dem Polizeipräsidenten Kochner. Wohlweislich hatte ich mich vorher erkundigt, ob irgend eine Anweisung, mich betreffend, von Berlin vorläge, da mir bekannt war, daß gegen Oberst Bauer und Hauptmann Babsch Haftbefehl erlassen war. Gegen mich wurde der Haftbefehl zurückgehalten, solange die Brigade noch schlagbereit im Munsterlager stand. Als ich nach Auflösung der Brigade dank meiner Verbindungen in Berlin erfuhr, daß auch gegen mich der Haftbefehl erlassen sei, und Bayern entsprechende Anweisungen erhalten würde, habe ich mich schleunigst entfernt und nichts mehr von mir hören und sehen lassen. Gelegentlich bin ich in Deutschland gewesen, doch geschah das so vorsichtig, daß es unmöglich war, meiner Habhaft zu werden. Ich war nicht so töricht, ausgerechnet bayerische Grenzstellen zu überschreiten. Von einer Konferenz in Rosenheim weiß ich nichts. Oberst Bauer sah ich zuletzt in Budapest, Hauptmann Babsch seit den Rapp-Tagen überhaupt nicht mehr. Mit Minister Roth bin ich weder mündlich noch schriftlich, noch durch Mittelspersonen je in Verbindung getreten.

Herr Ehrhardt kennzeichnet sich durch diesen Bericht selber in nicht sehr schmeichelhafter Weise. Zwischen den geschwollenen Redensarten der Deutschnationalen, daß sie die gerichtliche Verantwortung für ihre Taten nicht scheuten, und ihrer tatsächlichen Handlungsweise ist ein ziemlicher Unterschied. Die Bezugnahme Ehrhardts auf einen Budapester Aufenthalt bestätigt seine Beziehungen zu Horst. Wichtig ist sein Geständnis, auch nach Erlass des Haftbefehls mehrfach unerkannt in Deutschland gewesen zu sein. Das beweist von neuem die Existenz einer reaktionären Verschwörergesellschaft, die schühend ihre Hand über alle rechtsstehenden Staatsverbrecher hält und ihre Festnahme durch die Polizei verhindert.

# Reichstag und Reichswirtschaftsrat.

Zwischen den Präsidenten des Reichstages und des Reichswirtschaftsrats hatten vor einiger Zeit Besprechungen stattgefunden zum Zweck eines engeren Zusammenarbeitens der beiden Körperschaften. Es handelt sich hauptsächlich darum, daß Vertreter des Reichswirtschaftsrates in Ausschüssen des Reichstages die vom Reichswirtschaftsrat festgestellten Gutachten in ihren Zusammenhängen darlegen und begründen sollten. Diese für das Volk wünschenswerte Zusammenarbeit wird aber vorläufig noch nicht stattfinden, obwohl sich der Reichspräsident Loeb in anerkannter Objektivität für diese Zusammenarbeit ausgesprochen hatte. Der Aelternter des Reichstages hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß der Reichswirtschaftsrat nur eine Gutachterbehörde der Regierung sei.

Diese Auffassung ist zweifellos falsch und es ist infolgedessen auch unmöglich, daß, wie das der Aelternter vor-

schlug, die Mitglieder des Reichswirtschaftsrats als Kommissare der Regierung in den Reichstagsausschüssen auftreten. Auf Grund des § 165 der Verfassung (der, wenn er sich formal auch auf den endgültigen Reichswirtschaftsrat bezieht, hier herangezogen werden muß) können die Mitglieder des Reichswirtschaftsrats aber nur in dessen Namen und für niemand anders sprechen. Gerade das aber ist auch das richtige und die Methode, die der Sache selber am dienlichsten wäre.

Worum handelt es sich bei dieser von den Präsidenten des Reichstages und des Reichswirtschaftsrats erzwungenen Zusammenarbeit der beiden Körperschaften in der Hauptsache? Doch darum, daß der Reichswirtschaftsrat den Reichstagsausschüssen für seine Beratungen eine breitere und gründlichere materielle Unterlage gibt, als das durch die Vorlagen der Reichsregierung geschieht. Das kann der Reichswirtschaftsrat deshalb, weil er durch die Verfassung wie durch die Zusammenfassung (unter Zuhilfenahme des dem Reichstag verfassten Enquete-Verfahrens und der Sachverständigen-Bernehmung) all die sachlichen Momente für die zur Entscheidung stehende Angelegenheit zusammenzutragen vermag. Bisher hat er diese Arbeit in einem Gutachten niedergelegt, das in neuester Zeit den Mitgliedern des Reichstages zugleich mit der Regierungsvorlage zugestellt wird. Das soll natürlich auch fernerhin geschehen. Aber es wäre doch von großem Vorteil, wenn das schriftliche Gutachten durch mündliche Darlegungen in den Reichstagsausschüssen ergänzt werden könnte. Ein solches Verfahren würde der Sache selber (und nur darauf kommt es an) von Nutzen sein. Man darf daher wohl annehmen, daß die Verhandlungen fortgesetzt werden.

# Die pazifistische Woche.

In der ersten Oktoberwoche finden nicht weniger als drei große öffentliche Tagungen des deutschen Pazifismus statt. Am 3. Okt. findet in der Gemeindefesthalle zu Berlin-Lantow unter dem Motto „Völkerveröhnung durch Erziehung“ eine Tagung pazifistischer Lehrer und Erzieher statt. Am 5. und 6. Oktober tagt in Bochum die Hauptversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft. Ihr Hauptthema ist: „Wie bekämpft der Pazifismus den Bürgerkrieg und seine Ursachen.“ Als bedeutendste Tagung folgt dann vom 7. bis 9. Oktober in Gießen der 10. deutsche Pazifistenkongress. Das Hauptthema des Kongresses lautet: „Der Wiederaufbau Europas“. Die verschiedenen Referate werden sich mit der „Stellung des einzelnen zum Staat“, den „Annäherungsbestrebungen der religiösen und kulturellen Gemeinschaften“, dem „Wiederaufbau Nordfrankreichs“, der „Umgestaltung der Pariser Völkerbundsakte“ und der „allgemeinen Abrüstung“ beschäftigen. Auskünfte und Kongreßkarten sind durch die Deutsche Friedensgesellschaft (Hauptgeschäftsstelle, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 87, zu erhalten.

# Volkswirtschaft

## Der Markkurs.

Man wird leicht dazu neigen, die unmerkliche Wertabwertung auf das angeforderte Hilfsangebot der Industrie zurückzuführen. In der Tat würde der Hausbewegung am Devisenmarkt eine Grundlage entzogen, wenn das Reich mit seinem großen Bedarf für eine Weile als Käufer fremder Wechsel auscheiden würde. Man darf aber den Einfluß dieser Möglichkeit auch nicht überschätzen. Die Wertabwertung hängt stark mit der Geldentwertung im Inland, diese wieder mit den Reichsfinanzen zusammen. Auch die größere Goldanleihe kann die Entwertung der Mark nicht aufhalten, wenn zum Ausgleich des Etats weiter Noten gedruckt werden müssen. Deshalb ist es verfrüht, irgendwelche Hoffnungen auf die dauernde Stabilisierung der Wäuta zu setzen, ehe die Frage der Beizellung des Reiches an den Goldwerten reiflos geklärt ist.

## Wiedereinführung des Scheidverkehrs in Sowjetrußland.

In der Erkenntnis, daß der geradezu ungeheuerlich angewachsene Papiergeldumlauf unbedingt herabgesetzt werden muß, hat laut „Izwestija“ der Rat der Volkskommissare die zuständigen Stellen angewiesen, ein Verzeichnis herjenigen Institute aufzustellen, die von jetzt ab ihre Verrechnungen durch Scheids durchführen sollen. Außerdem hat das Finanzkommissariat den Auftrag erhalten, sofort Scheidbücher zu drucken und sie den betreffenden Instituten, Behörden usw. zuzustellen.

## Devisen-Kurse.

Berlin, 19. September.			
Ämtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.			
		17. Sept.	19. Sept.
Amsterdam	100 fl.	3181.80	3221.75
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	721.75	709.25
Kristiania	100 Kr.	1296.20	1311.15
Kopenhagen	100 Kr.	1783.20	1778.20
Stockholm	100 Kr.	2210.25	2177.80
Helsingfors	100 finn. Mk.	144.85	141.85
Rom	100 Lire	427.05	480.55
London	1 £	379.60	374.60
New York	1 Doll.	101.64	100.89
Paris	100 Frs.	783.75	719.25
Zürich	100 Frs.	1768.20	1758.20
Madrid	100 Pesetas	1838.65	1838.65
Wien	100 K.	10.48	9.78
Budapest	100 K.	19.18	17.98
Prag	100 K.	121.85	119.85

## Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angesommen am 20. September 1921.

Dampfer	Segel	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsport	Fahrtzeit	Lage	Stk.
D.	S.	Delphin	Wiente	Kolding	1		
D.	S.	Marie	Rufen	Carrebeksmünde	3		
D.	S.	Tollup	Biddich	Stolpmünde	3		
D.	S.	Lutig	Terfite	Narbus	3		
D.	S.	Zorneo	Blomquist	Helsingfors	3		

Verantwortlich für Politik, Volkswirtschaft und Feuilleton: H. Hermann Bauer; für Freikant, Lübeck und den übrigen Teil: August Schulz; für Justiz: Heinrich Steinberg; für Landwirtschaft: Heinrich Steinberg; für Handel: August Schulz; für Familien: August Schulz.

# Sozialdemokratische Frauenkonferenz.

Wb. G. r. l. g.; den 18. Septbr. 1921.

## Zweiter Tag.

Um 8 Uhr früh setzte heute die Reichsfrauenkonferenz ihre Beratungen fort. Zunächst referierte Frau Zuhacz über „Organisationsfragen“. Im letzten Jahre haben wir 14 522 weibliche Mitglieder verloren, wahrscheinlich infolge der Enttäuschung, daß die Revolution nicht alle Frauenhoffnungen erfüllte. Es entspricht auch dem Nachlassen der weiblichen Erwerbstätigkeit mit. Wir sehen aber, daß unsere, in der Bewegung stehenden Frauen dauernd geistig wachsen, deshalb lasse ich mich nicht irre machen an der Zukunft der sozialistischen Frauenbewegung. (Beifall.) Unsere Agitation muß auch dafür sorgen, daß das Stimmennante bei den Wahlen zuzunehmen der sozialistischen Frauenstimmen aufgehoben wird. Besondere Frauenagitationsversammlungen sind überlebt. (Zustimmung.) Ich begrüße deshalb die Anregung der „Gleichheit“ auf Einrichtung von Frauenabenden. Dort muß der Grundstock an Literaturkenntnis gelegt werden, den jeder braucht, der in der Partei mitarbeiten will. Die Broschüren der Gen. Radbruch und Grotzahn sollte jede Frau besitzen. Die „Gleichheit“ soll allen Frauen obligatorisch geliefert werden. Die Hamburger Frauen fordern auch ein kurzes Aktionsprogramm. Leidende Genossinnen haben sich allerdings dagegen ausgesprochen. Das darf uns aber nicht hindern, darüber zu debattieren. Weiterhin verlangen die Hamburger, daß die Männer ihre Frauen heranziehen. Sollte ich einen deutschnationalen Mann, so würde ich mich sehr dagegen wehren. (Heiterkeit und Zustimmung.) Allerdings sind viele Frauen politisch indifferent. Für die an sich notwendigen Frauensekretariate fällt es oft schwer, Frauen zu finden. Solche Anträge anzunehmen, hat keinen Zweck. Die Bezirke selbst haben dafür zu sorgen. (Zustimmung.)

In der Diskussion beklagt sich Frau Zabe-Hamburg darüber, daß die Männer die Gleichberechtigung der Frau nicht recht ernst nehmen. (Widerpruch b. d. männlichen Delegierten.) — Frau Harder-Bremen bittet, die Agitation in den kleinen Bezirken nicht zu vernachlässigen. — Frau Wiermachi begründet nochmals den Antrag die „Gleichheit“ obligatorisch zu liefern und beschwort ein Frauenaktionsprogramm.

Inzwischen sind drei Resolutionen eingegangen. Die erste protestiert gegen den Beschluß des Reichsrats, die Frau nicht als Schöffe und Geschworene zuzulassen. Die zweite verlangt Druckerlegung und Verteilung des „Vorwärts“-artikels der Genossin Zehenhagen über die Aufgaben der Arbeitsmarktausschüsse. Die dritte ist ein Gruß an die Frauen und Mütter Oberschlesiens und bringt den Stolz der sozialistischen Frauen zum Ausdruck auf die Art, wie die Proletarierfrauen Oberschlesiens ihr Leid tragen.

Frau Schröder-Altona: Der Hamburger Antrag geht nur von den großstädtischen Verhältnissen aus. Man kann den Bürgerlichen nicht Kulturarbeit abprechen. (Sehr richtig!) Die Frau als Richter ist noch wichtiger, als die Abgeordnete. — Dr. Knack-Hamburg: Die Frau hat ein feines Gefühl für die kulturellen Forderungen, die bei unserer Partei manchmal zu kurz kommen. Unsere Genossinnen in den Regierungen dürfen sich nicht von reaktionären Wissenschaftlern terrorisieren lassen. — Frau Berg-Dortmund klagt über die Schwierigkeiten der Frauenagitation im schwarzen Westfalen, der Hochburg des Zentrums. Die Hamburger Anträge würden uns bei der Arbeit schaden. — Frau Todenhagen-Berlin: Ein besonderes Aktionsprogramm mit einer Spitze gegen die Männer ist unserer nicht würdig. (Beifall.) Wir dürfen die Wohlfahrtsaktivität nicht überreiben, sondern müssen uns auch mit der Politik der Gesamtpartei beschäftigen. — Frau Riels-Breslau: Es sollte den Bezirken überlassen bleiben, ob sie die „Gleichheit“ liefern wollen. Auch die anderen Hamburger Anträge sehen wir an. Wir Frauen sind reich und brauchen uns nicht von den Männern ängeln zu lassen.

Frau Wolff: Bei der Besprechung von Sexualfragen und religiösen Problemen muß man sehr vorsichtig sein. Die konfessionellen Fesseln können wir den Frauen nur abnehmen, wenn wir ihnen kulturelle Werte dafür geben. — Frau Bohm-Schuch: Vielleicht wird eine neue Moral andere Menschen schaffen, die unfernen Gedanken leichter zugänglich sind, wenn erst die heutige Sittenmoral verschwunden ist. Wo die Bezirke leistungsfähig genug sind, da möchte ich doch den Bezugswort der „Gleichheit“ empfehlen. Vor allen sogenannten wissenschaftlichen Frauenorganen warne ich. Ein wissenschaftliches Organ hat die Partei, und wir sind doch eine Gesamtpartei. (Beifall.) — Gen. Weimann: Die Frauen müssen sich an der gemeinsamen Bildungsarbeit beteiligen. Besondere Schulungsture aber brauchen wir außerdem für die Funktionärinnen. — Gen. Giese: Die sozialen Verhältnisse bringen auch die katholischen Frauen allmählich zur Bestimmung. Wir haben die Aufklärung der Frau nur zu sehr vernachlässigt, darum ist teilweise Gleichgültigkeit eingerissen. — Frau Berthold-Röln: Der Mitteleberrückgang ist auf die wirtschaftliche Not zurückzuführen. — Frau Berta Schulz: Die sexuellen Fragen müssen zu ihrer Klärung mit den allgemeinen Kulturfragen verbunden werden. — Frau Radmeier-München: Wir müssen kleine Broschüren herausgeben, weil die Frauen große Bücher nicht lesen können. — Frau Arming-Elberfeld: Die alte bewährte Methode der Hausagitation von Mund zu Mund bleibt immer die beste. Die „Gleichheit“ muß bleiben wie sie ist. Sie wird sogar von Bürgerlichen als die beste Frauenzeitung anerkannt. — Frau Ebert-Stuttgart: Um die Frauen bei uns zu halten, haben wir die „Gleichheit“ in Württemberg obligatorisch eingeführt. — Helene Wagner-Chemnitz: Bei der obligatorischen Einführung der „Gleichheit“ würden wir nicht nur Verleumdungen, sondern auch Genossinnen einbüßen. Die Mitarbeit der Frauen führender Parteigenossen darf man nicht zu ungestüm verlangen, denn diese Frauen haben sowieso kaum etwas von ihren Männern. — Cohn-Halberstadt: An die überlastete Frau müssen wir zunächst mit den ganz kleinen, alltäglichen Dingen heran kommen. — Frau Röper-Halle verlangt Befestigung des alten monarchistischen Krans aus den Schulbüchern.

## Abstimmung über die Anträge.

Angenommen wird der Sympathieantrag für Oberschlesien, eine Resolution für Abschaffung der Todesstrafe, ein Antrag, der die Hinzuziehung zum Amt der Schöffen und Geschworenen verlangt, ferner ein Antrag, der das bevölkerungspolitische Problem auf die Tagesordnung der nächsten Konferenz gesetzt sehen will, sowie ein Antrag zur Bevölkerungspolitik, der die Verhütung und Heilung der Geschlechtskrankheiten, sowie die Abänderung der §§ 218 und 219 des Strafgesetzbuches verlangt, ferner ein Antrag für die Versorgung der unehelichen Mütter und Kinder, die Aufhebung der rückschlägigen Bestimmungen gegen ledige Beamtinnen, die Mütter werden, und die Versorgung und Verstärkung der Mütter überhaupt fordert. Eine Resolution, die sich gegen neue Steuerbelastung der Lohn- und Gehaltsempfänger richtet und für energische Bekämpfung des Besitzes eintrat, fand einstimmig Annahme. Einzelne Anträge wurden zur Durchberatung teils dem Parteiausschuß, dem Bildungsausschuß und den zuständigen Kommissionen überwiesen. Im Schlußwort fand Genossin Zuhacz begeisterte Worte für die Bereicherung unseres innerlichen Lebens durch die sozialistische Ideenwelt. Der Glaube an diese Ideenwelt, hinter der sich die wissenschaftliche Erkenntnis verbirgt, die große Liebe zu den Menschen, wird uns über die vielen Kleinigkeiten des Lebens hinweghelfen, und wird unser Leben mit innerer Befriedigung und innerem Reichtum erfüllen. Sie schloß mit dem Ruf: „Die Sozialdemokratie!“ Die Versammlung stimmte begeistert ein.



## Freistaat Lübeck.

Dienstag, 20. September.

### Aus der Bürgerschaft.

#### Erledigung der Landgemeindeordnung. — Flaggenfrage.

In der gestrigen Bürgerschaftssitzung wurden von vorliegenden 17 Senatsvorlagen nur einige angenommen. Eine ganze Anzahl wanderten zur Nachprüfung an Ausschüsse. Im allgemeinen gab die Tagesordnung zu größeren hochwichtigen politischen Debatten keine Veranlassung. Es handelte sich bei vielen Vorlagen um Nachbesserungen und um Nachträge. Auch der Antrag der Deutschen Volkspartei über die Flaggenfrage löste keine lange Debatte aus, da Genosse Haut Uebergang zur Tagesordnung beantragte, der auch Annahme fand. Die Deutsche Volkspartei, die, wie Genosse Haut in seiner Erklärung hervorhob, nur aus agitatorischen Gründen den Antrag gestellt hatte, schien inzwischen das Vergebliche ihrer Bemühungen eingesehen zu haben. Dr. Wittern, der fraktionslos, trat lebhaft dafür ein, die Sache gar nicht zur Verhandlung zu bringen. Das ging nun aber nach der Aufstellung des Wortführers, Genossen Ehlers, nicht, da der Eingabenausschuss die Frage eröffnet und an die Bürgerschaft gebracht hatte. Die Fraktionen begnügten sich mit einer kurzen Erklärung. Für die Demokraten gab Klein die Erklärung ab, daß sie grundsätzlich die alten Reichsfarben Schwarz-weiß-rot für die Handelsflagge beibehalten wollten. Nach allem, was man bisher von den Demokraten erlebt hat, war von ihnen nichts anderes zu erwarten. Die Deutschnationalen ließen durch Georg Reimpell ein Treubekenntnis für Schwarz-Weiß-Rot ablegen. Zwar stände, wie nebenbei bemerkt wurde, die Wenderung der Reichsflagge außer der Erörterung, wer aber die wahre Ansicht der Deutschnationalen kennt, weiß, daß für sie nur die Schwarz-weiß-rote Fahne existiert. Auch Herr Wape glaubte für sich erklären zu müssen, daß er für die alte Flagge schwärme. Der Vorstoß der Deutschen Volkspartei, der ursprünglich wohl ein weitestgehendes Ziel verfolgte, wurde natürlich durch die sozialdemokratische Mehrheit verhindert.

Die Landgemeindeordnung kommt endlich verabschiedet werden. Lange, sehr lange hat es gedauert, bis man in der Kommission eine Beschlüßigung fand. Genosse Wolfradt, Kasch und Haut beantragten noch einige Verbesserungen, die auch angenommen wurden. Bedeutungslos sind besonders die Wenderungen über die Aufbringung der Mittel und die Verlegung der Wahlzeit in den Landgemeinden auf 12 bis 4 Uhr nachmittags.

Genosse Schermer setzte sich erneut warm für einige Lehrer ein, die, abgesehen von Kriegsteilnehmern, aus ihrer Stellung als Hilfslehrer entlassen wurden. Sein Ergehen, daß die Oberbehörden für diese jungen Leute sorgen müsse, fand allgemeine Zustimmung. Unser Genosse neigte sich für das Vorgehen der Oberbehörden, die den Dank des Vaterlandes durch Entlassung bekunden hätte. Beim Punkt: Erwerb von Grundstücken in Graelsdorf trat Genosse Haut für Vermeidung von Schädigungen Heimerer Wächter ein. Seinem diesbezüglichen Ergehen wurde vom Senatlich Verwirklichung zugesagt. Genosse Reischer brachte Klagen gegen das Wohnungsamt vor, da es bei gesundheitsgefährdenden Wohnungsverhältnissen nicht eingegriffen habe. Meier-Moisina forderte für diese Ortlichkeit die Errichtung eines Feuerwehrturms. Kurz nach 9-Uhr konnte der Wortführer die Sitzung schließen.

### Bürgerliche Einheitsfront.

Trotz des ersten Fehlschlages lassen die Feinde der Sozialdemokratie den Mut nicht sinken; sie sind nach wie vor bemüht, die bürgerlichen Parteien von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten zu einer Einheitsfront gegen die Sozialdemokratie zusammenzuführen. Von der nichtsozialistischen Einheitsliste versprechen sich die Herrschaften bei der Bürgerlichkeitswahl Wunderdinge. Nur gemeinsam und mit vereinter Kraft hofft man, den roten Drachen bezwingen zu können. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß die demokratischen Unterhändler bereit waren, Arm in Arm mit den Monarchisten und Volksfeinden der bürgerlichen Block zu bilden. Ihre Mitgliedsversammlung stimmte aber dem Pakt nicht zu. Nicht etwa aus grundsätzlichen Bedenken, sondern darum, weil man von der zu erwartenden großen Beute einen erheblichen Anteil forderte aber nicht bekam. So schnell aber werfen die Reaktionsäre die Platte nicht ins Korn. Um die Demokraten gefügig zu machen, wandte man sich an die Handwerkermeister, die dann auch in ihrer am Freitagabend im Kulmbacher Bierhaus abgehaltenen Versammlung einstimmig für die Einheitsliste aller nichtsozialistischen Parteien eintraten.

Da, wie in der Versammlung mitgeteilt wurde, auch der Haus- und Grundbesitzerverein für die Einheitsliste schwärmt, so wurde schließlich beschlossen, daß der Verammlungsleiter gemeinsam mit dem Vorstand des Gewerbevereins ein Schreiben an alle Parteien richten soll, damit das Ziel noch in letzter Stunde erreicht wird. Wie notwendig die bürgerliche Einheitsfront ist, veranschaulicht die hiesigen bürgerlichen Wähler an dem Ausfall der Wahlen in Thüringen zu beweisen, wo die Zersplitterung der Bürgerlichen ihre Niederlage verschuldet haben soll.

Es ist nach den gemachten Anstrengungen zu urteilen, nicht ausgeschlossen, daß der Drei zusammengeführt wird. Das Amtsblatt gibt sich redlich Mühe, indem es nach alter Manier das rote Schreckgespenst an die Wand malt. Das hat bei dem Speker stets gezogen und soll auch heute wieder ziehen. Nun, wir Sozialdemokraten haben bei den früheren Reichstagswahlen in Lübeck den vereinten bürgerlichen Mischmasch genügend kennen gelernt. Wir lassen uns daher nicht schrecken. So wie wir früher über den vereinten Gegner geäußert haben, so werden wir auch diesmal stehen. Uns kann es recht sein, wenn die reaktionäre Scheitlung erfolgt; wenn es heißt: hier Bürgerium, hier Arbeiterchaft. Dann werden auch dem letzten Wähler die Augen geöffnet, dann werden sie erkennen, daß auch die sogenannten Mittelstandsparteien weiter nichts als getreue Diener der Reaktion sind.

Da die Teilung der Beute bisher die Einigung verhinderte, so soll nach den „Lüb. Anzeigern“ die Sache anders gemacht werden. Die Fraktionen sollen sich erst nach der Wahl bilden, dann erst, wenn der erhoffte Sieg errungen ist, will man die Beute verteilen. Wie und nach welchem Maßstab man dann zu handeln gedenkt, entzieht sich unserer Kenntnis. Leicht wird die Teilung gewiß nicht sein. Man kann ja aber schließlich um die Stärke der einzelnen Fraktionen tadeln oder lügen. Nach der Einheitsliste, wo der Demokrat einen Deutschnationalen und der Deutschnationalen einen Demokraten wählen muß, ist es doch unmöglich, die Siege richtig zu verteilen. Was nachher kommt, ist aber nebensächlich; die Hauptsache ist die Einheitsfront und der Sieg gegen die Lübecker Arbeiterchaft. Uns kann es gleich sein, wie die Rückschlüsse den Dreh vollführen. Die hiesige Arbeiterchaft wird alles daran setzen, um am 12. November den Sieg zu erringen.

Zum Bezirksparteitag, der am 2. und 3. Oktober in Lübeck stattfindet, bitten wir die Parteigenossen, soweit es möglich ist, Delegierte bei sich aufzunehmen. Meldungen ersuchen wir unter Angabe, ob unentgeltlich oder gegen Bezahlung, an das Parteisekretariat, Johannstraße 50, richten zu wollen.

Die Stimmepartei wollte am Sonntag eine große Heerschau in Lübeck abhalten. Sie ist damit glänzend hereingefallen, obwohl sie ein Zupferd vor den Karren des Rückschritts spannte. Es waren nur wenige hundert Männer in der Stadthalle erschienen, die dem Reichstagsabgeordneten v. Kardorff zuhörten und auf den Schlussspekt warteten, wo sie Deutschland über alles grüßten konnten. v. Kardorff gehört zu allem noch der gemäßigten Richtung der Volksparteier an, der für die Annahme des Ultimatus war, um, wie er sagte, das kleinere Übel zu wählen. Im allgemeinen hat auch v. Kardorff nichts Neues, es sei denn, man nehme sein problematisches Bekenntnis zur Republik und Demokratie als ein Zeichen beginnender Erkenntnis im Lager der Volksparteier. Im übrigen läßt sich auch diese „linksgerichtete“ volksparteiliche Gruppe den Glauben an die Monarchie und die Liebe zum bunten Rod nicht rauben. In dem gleichen Strang zieht auch der Nährvater des hiesigen neuen Parteiblattes der Volksparteier, der General-Anzeiger, der noch am Tage zuvor überflüssigerweise seine Militärfähigkeit beteuerte. Ja, ja, die Volksparteier und ihre feile Presse waren stets militärfähig, sie überleben oder die Lasten dem Volke, dessen Söhne nebenbei dem größten Drill und den schamhaftesten Schikanen im bunten Rod ausgesetzt waren. Das vergehen die Hurrahschreier gerne anzusehen. Der Redner des Tages ging des ferneren auf den Reichstagskangler los, dem er im Kampf gegen Bayern — ein volksparteiliches Paradies — parteipolitisch Handeln vorwarf. Die Deutschnationalen, die bekanntlich gerade in Lübeck Hände und Rufe zur Verbrüderung austrecken, mußte Kardorff etwas am Rode und erinnerte die Schreihähne daran, daß sie in der Ultimatusfrage ebenfalls schwere Gewissensnöte durchgemacht hätten. Das Deutschnationalen Schlagwort von Dolchstoß dürfte sich die Partei nicht aneignen. v. Kardorff ist überzeugt, daß von der gegenwärtigen Staatsform nicht wieder loszukommen ist, um die Demokratie komme man nicht herum, eine Wenderung würde den Bürgerkrieg bedeuten. Obwohl der Redner viel lieber mit den Deutschnationalen als mit den Sozialdemokraten regieren möchte, hält er einen starken Rechtsblock im gegenwärtigen Augenblick für unmöglich. (Wir werden ja sehen, was in Lübeck herausbringt.) Der Sozialdemokratie glaubte Kardorff eine Belehrung

der Schulfrage am Kriege schuldig zu sein. Er erledigte diesen Teil seiner Rede ebenso knirschhaft wie die Sozialisierungsfrage. Stresemänner sind mit dieser Sache immer recht schnell fertig. Widerpruch gab es nicht, da die 37hundert Glaubensgenossen alle daselbst Gebetsbuch aufgeschlagen hatten, in dem geschrieben steht, daß die politische Firma Stines nach wie vor gewillt ist, die großkapitalistische Herrschaftsweise zu schütten, deren wir unser ganzes Gland — vergrößert durch volksparteilich-deutschnationalen Machtstreben — verdanken. Diese Tatsache konnte auch das lungentragliche Junkerorgan Kardorffs nicht wegleugnen.

Unser neuer Roman, Morgen beginnen wir mit dem Abdruck von Jungfer Winken und die Junggefallen aus der Feder der bekannten humoristischen Schriftstellerin Alice Berend. Die Leser werden in ein anheimelndes gemütliches Milieu versetzt. Ein feiner, gütiger, erquickender und sonniger Humor strömt aus diesem Werkchen. Bei seiner Lektüre vergißt man die Sorgen. Es sind ein paar sehr originelle Eigenbrötler, die beiden Brüder und Urmacher Anton und Saphir Möße, die von Jungfer Winken bemutet werden. Wenn nur der schwarze Schornsteinfeger Sternbich nicht den Liebesbazillus in Jungfer Winkens allfisches Herz gejeßt hätte. Und wenn die beiden Brüder Möße — der lange Anton und der dicke Saphir — nicht von Fräulein Biola, der schönen Nachbarin infiziert worden wären! Aber dann hätte auch keiner von den dreien der Hase gestochen. Dazu kommt die Erfindung der ewigen Uhr, die der Windbeutel von Nefse den alten erfahrenen Urmachern ebenso illusorisch macht, wie die Heirat mit Biola, die er sich selbst überliert. Als runderbol in der Erscheinung flucht zeigen sich dann die selbstgefälligen Weine Wolfgang Apfels. Und vieles andere erhält die Leser in Spannung. Das Licht und fängt und fichtert über alle Seiten, die abgedruckt werden. Diese seltsamen Menschen am Bodensee werden den Lesern die Grillen vertreiben. Und die Leserinnen werden viel Vergnügen dabei haben.

Zur Entlassung des Oberstaatsanwalts Schön wird uns aus Hamburg geschrieben: In Hamburg haben anlässlich eines Konflikts zwischen Justizverwaltung und Staatsanwaltschaft über hundert sonst sehr verschiedene gestimmte Rechtsanwältinnen durch eine von ihnen gemeinsam dem Senat und den Gerichten eingereichte Erklärung der Justizverwaltung ihr Vertrauen entzogen. Sie befürchten eine Erschütterung des Unabhängigkeitsgefühls auch bei den Richtern, nachdem der Justizsenat Dr. Noldke infolge seines politischen Zwißes mit dem Generalstaatsanwalt Dr. Aug. Schön trotz gegenteiliger Versicherung damit in die Rechtspflege eingegriffen hat, daß er unter dem Vorwurf schärfster Pflichtverletzung die Entlassung des Dr. Schön aus dem Amte aus Gründen politischer Zweckmäßigkeit veranlaßt, gleichzeitig aber durch Verzicht auf jedes Disziplinerverfahren dem Beschuldigten das ihm gesetzlich zustehende Recht der Verteidigung genommen hat. — Wir wollen dazu bemerken, daß der Hamburger Senat u. a. darauf hingewiesen hat, daß der Staatsanwalt im vorigen Jahre gegen Kapp-Buschsiffen das Verfahren eingestellt hatte, obwohl er dazu nicht zuständig war. Daß so ein „Rechtshüter“ in einer Republik nicht das Recht hüten kann, versteht sich, und da Herr Schön nicht freiwillig ging, mußte er eben gegangen werden, da er in dem bekannten Prozesse gegen Holz, des Redakteurs eines Minnefeinblattes (wegen Beleidigung des Polizeipräsidenten Henje), es sogar für gut befand, die Kollen zu vertauschen und aus einem Anflieger gemißtrauhten ein Verteidiger des Beklagten wurde. Wie erklärt sich das? Der Senat erwähnt ferner, daß Schön in dem Prozesse gegen Holz dem Gerichte Belastungsmaterial vorenthalten hat. Das ist allerdings ein unerhörter Skandal, und wenn sich der Hamburger Senat das hätte gefallen lassen, würde er sich jeder Selbstschätzung entkleidet haben. Die Gründe des Senats gegen Schön waren so durchschlagend, daß selbst der Geschäftssensat in Bremen, in dem keine Sozialdemokraten sitzen, nicht umhin konnte, der Entlassung des Oberstaatsanwalts zuzustimmen. Die Senate von Lübeck und Bremen haben in richtiger Würdigung der hamburgischen Verhältnisse diesem Standpunkt in vollem Maße Rechnung getragen und dem Antrage zugestimmt. Es muß noch darauf aufmerksam gemacht werden, daß es sich bei dem Vorgehen gegen den Generalstaatsanwalt Dr. Schön nur um ein Organ des Gerichtsverfahrens handelt. Man sollte nicht Gerichte und Staatsanwalt in dieser Frage miteinander verbinden. Der Staatsanwalt, darüber ist nach dem Reichsjustizgesetze kein Zweifel, ist ein politischer Beamter, der von der Regierung Anweisungen erhalten kann, wenn es sich um die Autorität dieser Regierung handelt.

Die wirtschaftliche Lage der Wächter bei der Lübecker Wach- und Schliefgesellschaft ist, wie der Transportarbeiter-Verband schreibt, eine sehr mißliche. Der Lohn ist zur Zeit sehr gering (195 Mk. pro Woche), daß der Wachangestellte nicht in der Lage ist, seine Familie zu ernähren, geschweige denn die notwendigen Neuanschaffungen machen zu können. Dabei ist nicht unerwähnt zu lassen, daß der Wächterberuf ein schwerer und verantwortungsvoller ist, daß der Wächter, wenn er des Abends keine Familie verläßt, nicht weiß, ob er in voller Gesundheit zurückkehrt. Die

## Wie meine Nase „besprochen“ wurde.

Ein Ferienerlebnis von Viktor Kalinowski (Bochum).

Meine Ferien wollte ich diesmal an der Ostsee verbringen. Mit dem Dampfer „Grille“ ließ ich einige Badeorte an, aber überall wurde mir Bescheid, daß alles besetzt sei. In Travemünde, am Timmendorfer Strand, in Grömitz, Reichenhufen und Dahme an der ostholsteinischen Küste war jedes Bett, jedes Sofa belegt. So brachte mich die „Grille“ wieder nach der altertümlichen und reizend gelegenen Hansestadt Lübeck zurück. Von dort fuhr ich mit einem Benzinboot die Wakenitz entlang nach dem großen kilometerlangen Binnensee bei Rakeburg, dem Rakeburger See, der das ehemalige „Königsreich“ Lauenburg von dem Ostseepfländchen Mecklenburg-Strelitz trennt. Im idyllisch am See gelegenen Dörfchen Campow ließ ich mich nieder und wartete des Leibes, damit er sich vom Kohlendunst erhole.

Schöne Tage gehen schnell vorüber. Sie gingen vorüber auch für mich und meinen Freund, der mich als Landschaftskundiger Cicerone begleitete. Wir nahmen Abschied vom „Seegarten“, unserer Sommerfrische. Sommergäste sind wie Zugvögel, Sie kommen und gehen. Wo es gut zu piken gibt, da lassen sie sich nieder wie ewig hungrige Spähen. Wir suchten keinen Freund, fanden keine Freunde. Darum floß keine Träne des Abschieds von seitigen Wimpern, kein weißes Tüchlein winkte uns Lebenslust, als wir wieder das Boot bestiegen, um über den See nach Rakeburg und dann weiter zu fahren.

Soll und golden glückte die milde Nachmittagsstunde auf der sanftwogenden Wasserfläche. Leise sangen die Wellen; hielten sich und flossen ineinander; zitterten wie die Braut in Erwartung des Geliebten; plätscherten ans Ufer und begannen ihre ruhelohe Wanderung von neuem. Im Schiffe wisperte der Wind. Kreisende Wägen fliegen ins Wasser; sich einem Fisch herausholend, so daß die springenden Tropfen wie diamantene lebendige Perlen emporleuchteten. Wasserhühner kicherten im Schiffe, von keinem Jäger bedroht. Jemand antwortete ein Riebiß. Inzwischen glitt unser Boot wie eine flinke Libelle über den Spiegel. Das baumbesäumte Ufer, hier und da ein ragendes Biegelrotes Dach floß am Ufer vorbei. Plötzlich gab es einen

schlingenden Ruf. Der Motor setzte aus. Er war heiß gelaufen. Eine gute Viertelstunde lang trieb eine leichte Brise unser seelenloses Schifflein dem entgegengesetzten Ufer zu. Wieder ein Ruf. Erst langsam, dann schnell und schneller rotierte der Motor. Nach einer guten Stunde Seesfahrt waren wir am Ziel — Rakeburg.

Somit hebt sich ein Kranz von kleinen Häusern von der flübrigen Wasserfläche ab. Der alte, an verlungene Zeiten gemahnende Dom schaut verträumt in den spiegelnden See. Heute wie einst. Stumm und doch beredt grüßen seine verwitterten Mauern den landfremden Wanderer. Er weiß wohl viel von der duobesfürstlichen Herrlichkeit zu erzählen, wo die armen Untertanen die ihnen huldvoll auferlegte Pflicht hatten, das prallende Hofgeschmeiß zu ernähren. Die Stadt selbst ist ein typisches Residenzstädtchen mit kleinen Häusern und grasswachsenen Gassen, in denen zahlreiche Hofbedienten wohnen. Setzt sie in dieser stolze Titel wertlos und auch aus Rakeburg verschwunden. Nu ja, die Revolution.

Aber unserem Stimmern war ein höchst profanischer Zweck zuwider: wir wollten uns nämlich rasieren lassen. Als Sommergast will man nicht als Signor Rinaldini gelten, darum wählten wir nach einem Verschönerungsrat aus, zumal es kurz vor Labendenschluß war. Endlich entdeckten wir vor einem niedrigen Häuschen in der Großen Wallstraße den bekannten Messingbeller, der melancholisch im Abendwind sammelte. Durch einen engen Hausflur, an dessen Wänden man mit dem Kopf anstoßen kann, gelangten wir in ein kleines Hinterstübchen, das sehr primitiv als Barbierstube eingerichtet war. Ein Spiegel nur und ein Gefäß genügte. Der Barbier ist ein alter Mann, von dem ich befürchtete, daß seine Hand das Rasiermesser nicht mehr sicher führt. Aber es ging ohne Blut und Wunden.

Unser ehrbarer Verschönerungsrat fand gleich heraus, daß wir fremd waren. Langsam und mit Bedacht setzte er uns ein, langsam kamen die Worte aus seinem Munde. Ein Barbier weiß ja immer etwas zu erzählen, wenn auch nur vom Wetter. Aber diesmal kam ein anderes Thema zur Sprache, nämlich der Tod des Schöpfers Alf aus Radeburg in der Rineburger Heide. Er wußte viel von ihm zu erzählen, von seinen angeblichen Seelungen, seinem Reichtum usw. Beiläufig ließ er durchfließen, daß er mit dem Schöpfer Alf in der Kurpfalzberger konturierte und durch „Besprechungen“ und „Symphonien“ seine leidenden Mitmenschen von allerlei Gebrechen befreite.

„Nurlich erst“, erzählte er mit schleppender Stimme, „war ein Tierarzt bei mir, um sich eine Bartflechte besprechen zu lassen. Diese Beide, die auf dem Fensterbrett steht, war dabei die Vermittlerin.“

„Hat die Besprechung geholfen?“, fragte ich interessiert.

„O ja, der Tierarzt war geküert bei mir und war sehr erfreut, daß seine Flechte sichtlich heiler wurde. Kein Arzt konnte ihm helfen, keine Salbe brachte ihm Linderung. Da kam er zu mir. Ich machte ihn gesund, sofern er erst daran glaubt und auf Gottes Hilfe vertraut.“

„Wo glauben muß man, um gesund zu werden?“

„Ja, das ist die erste Bedingung, sonst weicht die Krankheit nicht. Sie ist wie der böse Geist, der nur durch unerhörten Glauben an Gott und durch energischen Willen vertrieben werden kann.“

„Und Sie meinen, Sie haben die Macht und die Fähigkeit, die Krankheit so zu besprechen, daß sie weicht?“

„Die Macht dazu hat nur Gott allein, ich bin nur kein Werkzeug“, antwortete demütig der moderne Paracelsus.

Ein Gedanke schoß mir durch den Kopf. „Die Wege des Herrn sind wunderbar“, sprach ich nunmehr laßungslos und lenkte den ruhigen Blick auf das faltige glattrasierte Gesicht des Alten, „denn er hat meinen Fuß über die Schwelle des Hauses gesetzt, um den Arzt zu finden, den ich schon jahrelang suche — den Arzt, der meine — rote Nase heilt!“

Der Barbier sah mich etwas sonderbar an, zweifelnd, ob ich er ernst oder nur scherzend meine.

„Sie brauchen an meinen Worten nicht zu zweifeln. Ich nehme die Sache sehr ernst. Meine rote Nase hat mir schon viele sorgenvolle Stunden bereitet, mein Herr“, fuhr ich fort, ohne eine Miene zu verziehen. „Schon an fünfzehn Jahre bin ich mit diesem Leiden behaftet, für Doktoren und Apotheken habe ich schon viel Geld ausgegeben, habe die Nase Monate hindurch täglich bestrahlen lassen, habe schon Güter voll Salben verschmiert — jedoch vergebens. Die Nase hat mich oft eine neue Haut angezogen, doch immer kam die Rote wieder. Sie hat so ihre Perioden, mal wird sie rot, mal wird sie wieder normal. Der Arzt sagte mir einmal, das Letzte und radikalste Mittel sei die Art mit elektrischen Nadeln, aber dadurch wird dieses edle Nadelorgan ziemlich zerstört und entstellt. Darum verachte ich davon.“

wirtschaftliche Lage der Wächter wird durch die Steigerung der Preise für sämtliche Bedarfsartikel von Woche zu Woche bedrohlicher. Aus diesem Grunde hatten die Wächter der Direktion der Lübecker Wach- und Schließgesellschaft eine Forderung von 250 Mk. pro Woche unterbreitet. Die Direktion erklärte der Forderung keine Rechnung tragen zu können, da ein Teil der Abonnenten sich strikte weigerte mehr zu zahlen und teilweise die Rindigung des Abonnements einverleibt hätten. Das Überwachendste dabei ist, daß die Rindigung resp. Weigerungen von Seiten ausgegangen ist, die in Lübeck zu den bestgestellten gerechnet werden können. Wenn es sich darum handelt, über öffentliche Zeichnungen Tausende hinzugeben, dann fehlen diese Herren nicht. Wenn aber wertvolles auf sozialem Gebiet geleistet werden soll, ohne daß die Öffentlichkeit es erfährt, dann sind die Herren selten zu Hause. Hoffen wir, daß diese Zeiten dazu beitragen mögen, den Wächtern eine bessere Lebensstellung zu schaffen, indem bei den Abonnements-erhöhungen keine Absagen resp. Rindigungen eintreten.

**S. D. Metallarbeiter.** Zahlreiches Erscheinen in der morgigen Versammlung im Gewerkschaftshaus ist unbedingt erforderlich. Der Fraktionsvorstand.

Die abermalige Erhöhung der Invalidenversicherung. Nachdem im Dezember vorigen Jahres die Invalidenversicherungsbeiträge verdoppelt worden waren, sollen sie mit Wirkung ab 1. Oktober 1921 abermals und zwar diesmal ganz erheblich erhöht werden. Das Gesetz über die anderweitige Festlegung der Leistungen in der Invalidenversicherung vom 20. Juli 1921 bestimmt über die neue Fassung des Beitragsparagrafen 1892 RVO. folgendes: Bis zum 31. Dezember 1926 werden als Wochenbeitrag erhoben

in Lohnklasse A	.....	3,50 Mk.
B	.....	4,50
C	.....	5,50
D	.....	6,50
E	.....	7,50
F	.....	9,00
G	.....	10,50
H	.....	12,00

Bisher gab es statt 8 nur 5 Lohnklassen, und die Beiträge stellen sich vor dem Kriege auf 0,18—0,48 Mk. und gegenwärtig auf 1,80—2,80 Mk. Da in den Großstädten erwachsene Arbeitnehmer wohl einen Jahresarbeitsverdienst von mehr als 18 000 Mk. haben, so ist die praktisch wichtigste Lohnklasse H, d. h. also die höchste. Für diese sollen die Beiträge gegen die Jetztzeit auf mehr als das Vierfache und gegen die Friedenszeit sogar auf das Fünfundzwanzigfache erhöht werden. Diese Erhöhung ist zweifellos bis zu einem gewissen Grade durch die fortwährende Geldentwertung gerechtfertigt und notwendig. Dieser Beitragserhöhung müßte die gleiche Erhöhung der Leistungen in der Invalidenversicherung entsprechen; das ist indes nicht der Fall: die Renten werden nur auf das Dreifache bis Fünffache und nach voller Auswirkung des Gesetzes auf etwa das Neunfache der Friedensrente erhöht; also eine ganz wesentliche Steigerung der Beiträge gegenüber einer weit geringeren der Leistungen.

**Fortversicherung für Auslandsarbeiter.** Infolge der andauernden Verschlechterung des deutschen Marktes und der dadurch bedingten bedeutenden Erhöhung der an das Ausland zu vergebenden Versicherungsgebühren steht sich die Postverwaltung zur Behebung empfindlicher Einbußen der Reichskasse gezwungen, vom 1. Oktober d. J. an die Gewichts- und Versicherungsgebühren im Auslandsarbeiterverkehr nach dem Verhältnis von 1 Franken = 16 Mk. (gegenwärtig 1 Franken = 12 Mk.) zu erhöhen. Dieses Umrechnungsverhältnis ist auch für die Wertangabe auf Briefen und Paketen nach dem Auslande maßgebend. Ueber die Einzelheiten geben die Postanstalten Auskunft.

Die Gemeinnützige Brockenammlung ruft zum Großsameln von Altpapier aller Art (vor allem Zeitungen) auf. Sie hat ihre Vergütung erhöhen können. Wer bis zum 1. Oktober einen Zentner gebündelt aufstellt, erhält außer der Vergütung einen halben Zentner Brennholz umsonst. Der Reinertrag ist für die öffentliche Jugendfürsorge bestimmt.

Das **Waisenhaus** beginnt, wie uns geschrieben wird, in diesem Monat mit seiner jährlichen Hausammlung. Es macht in gegebener Veranlassung darauf aufmerksam, daß die Boten mit einer vom Waisenhaus abgestempelten Ausweisliste versehen sind, und bittet, nur gegen Vorzeigung dieser Karte Gaben zu verabfolgen. Wenn das Waisenhaus unter den heutigen schwierigen Verhältnissen seiner Aufgabe, die Kinder vor dem verwildernenden Einfluß der Straße zu bewahren, wie bisher gerecht werden soll, so bedarf es der tatkräftigen Unterstützung aller Kreise unserer Bevölkerung in größerem Umfange als bisher. Jede, auch die kleinste Gabe wird daher dankbar entgegengenommen.

**Stadtbibliothek.** Die Revision, zu der alle Bücher, deren Leihfrist abgelaufen ist, vorzulegen sind, findet, wie amtlich mitgeteilt, in der laufenden Woche statt. Die Erinnerungsgebühren sind erhöht.

**Süßiger Abend Theo Mantow.** Der Künstler, der Mittwochabend im Marmorfaal auftritt, wird von der gesamten Presse als

einer unserer besten Vortragskünstler gefeiert. Ein besonderes Wort der Empfehlung ist hier nicht vermieden, der Name Theo Mantow bürgt für einen köstlichen Abend.

**Volksstämmliches Konzert.** Am Sonnabend, dem 24. d. Mts., findet das II. Volksstämmliche Konzert im Gewerkschaftshaus statt. Die Leitung des Abends hat Herr Kapellmeister Manns abt übernommen. Das Programm ist wieder sehr reichhaltig und beherrscht den vielfachen Wünschen entgegenkommend, vorwiegend „Lied und Tanz“. Die Zuschauer auf einen genußreichen Abend lassen einen sehr guten Besuch erwarten.

**Stadttheater.** Dienstag wird zum letzten Male Cavalleria rusticana und der Balajo gegeben. Am Mittwoch die Wiederholung von Hebbels Herodes und Marianna. In den Kammerpielen am Dienstag das reizende Lustspiel: Der lächelnde Knabe.

**Wadestraße Falkendamm.** Wassermärte am 20. September morgens 8 Uhr 14°; mittags 12 Uhr 14° Celsius.

## Angrenzende Gebiete.

**Hamburg.** Zweite Hotel- und Gastwirtmesse. Die zweite Nordwestdeutsche Herbstmesse für den gesamten Bedarf von Hotel-, Restaurations-, Cafe- und Großküchenbetrieben wird am 20. d. Mts. eröffnet. Die in drei Messehäusern untergebrachten Aussteller umfassen mit ihren reichhaltigen Warenangeboten alles, was nur irgendwomit mit dem Gaststättengewerbe und mit den diesem verwandten Berufen (Bäcker, Konditoren, Kolonial- und Delikatwarenhändler) zusammenhängt. Die Messe wird am 23. ds. Mts. abgeschlossen. — Geschätzte Werhandlungen der Hochbahner. Ueber die Lohnforderungen der Hoch- und Straßenbahner, die sich auf eine weitere Zulage von 600 Mark monatlich erheben, wurde zwischen der Direktion der Hochbahngesellschaft und der Lohnkommission verhandelt. Die Direktion bezeichnete diese Forderungen als unbillig und lehnte sie als Grundlage der Verhandlung ab, und da die Kommission es ihrerseits ablehnte, die Forderungen zu ermäßigen, müssen die Verhandlungen als gescheitert angesehen werden.

**Hensburg.** Beschluß in der Flaggenfrage. Die Vertrauensmännerversammlung hat, wie die Hensburger Volkszeitung berichtet, beschlossen, keine schwarz-weiß-roten Fahnen in den Straßen Hensburgs mehr zu dulden. Sie fordert die Parteilosen auf, von jetzt ab dagegen vorzugehen.

**Schleswig.** Ermäßigung der Brotpreise im Kreis Schleswig. Nach geführten Verhandlungen hat der Kreisaußschuß mit sofortiger Wirkung die Preise herabgesetzt. Danach kostet das Roggenbrot 6 Mk., Roggenfeinbrot 7 Mk., Weizenbrot 7,60 Mk., ein Pfund Roggenkleinbrot 1,85 Mk., ein Pfund Roggenfeinbrot 2 Mk., ein Pfund Weizenbrot 2,10 Mk. Der Milchpreis soll, wie ferner berichtet wird, für September und Oktober um 30 Pfg. pro Liter ermäßigt werden.

**Schwerin.** Reicher Kartoffelertrag. Aus den verschiedenen Gegenden des östlichen Mecklenburgs werden erfreuliche Nachrichten über die Kartoffelernte bekannt. So aus der Laager Gegend, wo der diesjährige Ertrag sehr reich und erstklassig ist.

# Lübecker Bürgerschaft.

s. Lübeck, 19. September.

Beginn 6.20 Uhr. Vorsitzender G. Giers.

Der Vorsitzende gibt u. a. die vom Waisenhaus vorgeschlagenen Beiträge des Sachverständigenamtes bekannt. Da die Bürgerschaft keinen Widerspruch erhebt, gelten die Vorgesetzten als gewährt.

1. Antrag: Erwerb von Grundstücken in Israelsdorf. — Haut (Soz.) stellt und begründet ein Ersuchen, daß den kleinen Leuten in Israelsdorf und Gohmünd, denen durch die Abtötung Baadland genommen wird, anderweitig Land zur Verfügung gestellt werden möge, um Schabungen zu vermeiden. — Senator Giers sagt möglichstste Berücksichtigung des Ersuchens zu. — Die Vorlage wird mit dem Ersuchen Haut angenommen.

2. Antrag: Nachbewilligung für das Arbeits- und Wohlfahrtsamt. — Reischer (Soz.) führt Beschwerde, daß die Ausführungsbestimmungen der Rotterordnung über die Wohnungsbeschlagnahme noch nicht erledigt sind. In anderen Ländern habe man viel schneller gearbeitet und die Sache längst geregelt. Der Redner führt Fälle an, wo Personen in völlig ungesunden, feuchten Wohnungen haften. Hier hätte das Wohnungsamt längst eingreifen müssen. Da dasselbe aber argwöhnisch dazu keine Hand habe hat, so mu die Sache schleunigst geregelt werden. — Senator Bromme bemerkt, daß die Angelegenheit noch nicht geregelt ist. Er verspricht, sobald der Kommissionsbericht vorliegt, für beschleunigte Erledigung sorgen zu wollen. Im übrigen bestehe auch heute schon die Möglichkeit, in solchen vom Vordner erwähnten Fällen einzugreifen. — Dr. v. Brocken (Dn.) betont,

daß die Beratungen der in Frage kommenden Kommission bald beendet seien. Die Regelung würde also demnächst erfolgen. — Wandke (Dem.) bezweifelt, daß das Wohlfahrtsamt in der Lage ist, heute schon in solchen wie den vorerwähnten Fällen eingreifen zu können. — Auf Antrag Neufeld (Dem.) wird die Vorlage an den Haushaltsauschluß überwiesen.

3. Antrag: Nachbewilligung für das Stadttheater mit Saalbau. — Wird auf Antrag von Neufeld (Dem.) ebenfalls dem Haushaltsauschluß überwiesen.

4. Antrag: Ausbau der Gärtnergasse. — Wird ohne Debatte angenommen.

5. Antrag: Erneuerung eines Teiles des Fahrbahnelages der Herrenbrücke. — Wird gleichfalls debattelos angenommen.

6. Antrag: Erlass eines Gesetzes, betr. den Denkmälern und Naturdenkmälern. — Reimpell (Dn.) bekräftigt die Ueberweisung der Vorlage an einen Ausschuß. — Wilsradt (Soz.) tritt für den Antrag Reimpell auf Ausschußberatung ein. — Es wird dem entsprechend beschlossen.

7. Antrag: Erlass eines zweiten Nachtrages zum Gesetze über Zentralschulbehörde zu den Gehältern der Rechtsanwälte, Notare und Gerichtsvollzieher und zu den Gerichtskosten. — Dr. Wittern (frakt.) fordert, daß die Bestimmung in dem Gesetze, jedoch nur bis 300 Mk. gelte. Die Behandlung der größeren und kleineren Werte müsse gleich sein. Durch diese Regelung erreiche man, daß die Frage nicht sobald erneut behandelt zu werden braucht. — Senator Dr. Stooss kann zu dem Antrag Dr. Wittern keine Erklärung abgeben, da der Senat dazu nicht Stellung nehmen konnte. — Beck (Soz.): Die Angelegenheit ist nicht so einfach wie Dr. Wittern sie darstellt. Er beantragt einfach die Höchstätze von 20 und 10 Mk. zu streichen. Da aber für die früheren Beschlüsse sicherlich wichtige Gründe vorliegen, so können wir heute nicht ohne weiteres darüber hinweggehen. Eine Prüfung ist notwendig. Ich beantrage daher Ueberweisung an einen Ausschuß. — Dr. Wittern hat gegen eine Ausschußberatung nichts einzuwenden, hält es aber für zweckmäßiger, durch ein Ersuchen an den Senat die Sache zu regeln. — Beck (Soz.) erklärt sich damit einverstanden. — Nach kurzen Bemerkungen von Wilsradt (Dem.) und Dr. v. Brocken (Dn.) wird die Vorlage mit dem Ersuchen von Dr. Wittern angenommen.

8. Antrag: Neuorganisation der landwirtschaftlichen Winter- schule. — Gent (Dn.) tritt für Ausschußberatung ein. Man solle gleich eine gute und vollständige Schule schaffen, die auch alle Schüler aus der Umgegend aufnehmen könne. Auf keinen Fall dürfe die Schule schlechter als andere Winterschulen sein. — Schermer (Soz.) spricht sich für den Antrag Gent aus. Er bringt dann einen Fall zur Sprache, wonach die Oberschulbehörde Lehrerstellen, die von Kriegsteilnehmern besetzt waren, anderweitig hat besetzen lassen, jedoch drei Kriegsteilnehmer auf die Straße flogen. Ein solches Vorgehen der Oberschulbehörde dürfe die Bürgerschaft nicht ruhig hinnehmen. Das Unrecht, welches diesen Lehrern widerfahren sei, könne niemand dulden. — Senator Kulenkamp: Es ist der Wunsch der Oberschulbehörde, alle Kriegsteilnehmer unterzubringen. Bei der großen Zahl derselben war das leider nicht möglich. Die Oberschulbehörde hat alles getan, was in ihren Kräften stand. Sie konnte aber nicht mehr Lehrer anstellen als gebraucht wurden. Es handelt sich auch nicht um Kriegsteilnehmer. Trotzdem seien sie vertretungsweise, allerdings ohne Rindigung, eingestellt worden. Sobald weitere Vertretungen nötig sind, werden die Betroffenen wieder eingestellt. — Senator Dr. Vermehren äußert gegen den Antrag auf Ausschußberatung Bedenken. Jedenfalls am müßte der Ausschuß die Beratungen sehr beschleunigen, um die rechtzeitige Eröffnung der Schule zu ermöglichen. Eine Erweiterung der Schule ist gut. Es wird aber schwer sein, alle Schüler in den zur Verfügung stehenden Räumen unterzubringen. — Fr. Müller (Dn.) fordert im Interesse der Gesundheit der Kinder in den Wintermonaten Heizung der Turnhallen. — Senator Kulenkamp erwidert, daß unter das Verbot der Heizungen auch die Turnhallen fallen. — Schermer (Soz.): Bisher haben wir geglaubt, daß der Staat die Verpflichtung habe, für die Kriegsteilnehmer zu sorgen. Es war die einfache Pflicht der Oberschulbehörde, die Leute unterzubringen. Sie haben sich unter dem Dank des Vaterlandes nicht die Entlassung vorzustellen. Redner stellt den Antrag, daß die Dikern 1920 vom Senat abgegangenen

Wenn Sie mir also helfen können, so bitte ich Sie inständig, Ihre Kunst an meiner Nase versuchen zu wollen.

Aber Sie müssen auch daran glauben, sonst ist eine Heilung ausgeschlossen.

So hat Sie nur wollen, mein Herr!

Na, na, mit Ihrem Glauben wird es wohl nicht weit her sein. Heiligtens: trinken Sie?

Nein, nur gerade so viel wie ein Gefangenengefangener.

Haben Sie früher getrunken?

Auch nicht mehr wie jetzt, etwas Bier, wogu man schon hin und wieder durch ungewollte Gelegenheit gezwungen ist.

Schon gut. Sehen Sie dort im Hofe das kleine Häuschen?

Ja, sagte ich arglos, das ist der Ort, wo auch Seine Majestät zu Fuß gehen mag.

Also dort gehen Sie jetzt hin, stellen Ihre Nase in die Brille, ziehen bestimmt kräftig den Duft ein und wenn Sie glauben, daß Ihre Nase gesund werden muß, dann wird Sie gesund.

Na hören Sie mal, sagte ich höchst belehlig, Sie wollen mich wohl joppen? Wissen Sie nicht ein anderes Mittel, das nicht aus Arabien kommt? Ich möchte durchaus eine normale Farbe haben, sonst meinen die Leute immer, ich sei ein Freund des Alkohols. Es ist eine Art Nase, die meine Nase verunzert, wissenschaftlich *Rene tojacea* genannt.

Forschend blühte mich der Akademiker an. Als er die stolze Nase in seinen Händen sah, schwand sein Mißtrauen. Ich sah im Gesicht und gab ihm gute Ratschläge. Blüßlich lag er meinen Kopf etwas höher, legte die eine Hand auf meine Stirn, umwühlte einen Spruch vor sich hin und machte dreimal mit der anderen Hand vor meiner Nase das Kreuzzeichen. In diesem Augenblick herrschte eine feierliche Stille. Schielend betrachtete ich im Spiegel das Gesicht des Alten. Ernst, andächtig und unerschütterlich murmelte er seine Zauberformel. Das wiederholte er dann noch dreimal je einiger Minuten noch zweimal.

Dieser ungewöhnlichen Situation wachte sich mein Freund doch endlich an. Unbeweglich lag er auf dem Stuhl, manchmal die Zeitung vor das Gesicht haltend, damit etwa ein unpassendes Wortspiel die Zeremonie nicht störe. Denn hat ich die Augen geschlossen, war es Wortlaut meines Spruches mitgeteilt. Das wollte er nicht, denn dann sei dessen Kopf dann, wie er es sein. Er stand rasch auf, ebenfalls zu mir hin Sprüche zu sprechen. Sagen Sie es mir, dieser Herr ist ein beschämter Schriftsteller, romanisierte er mich, er wird dafür sorgen, daß Ihr Name in die Zeitung kommt, daß Sie kein viele Seitenlang

zu verzeichnen haben und dem Schäfer ist vollkommen ebenbürtig sind. Schäfer ist nur durch seine Kellame berühmt und reich geworden. Das werden Sie auch, wenn dieser Herr in den Zeitungen für Sie Kellame macht. Sagen Sie es aber!

Endlich ließ sich der Sympathie doktor beruhigen. Es ist ein plattdeutscher Spruch, sagte er. Hören Sie zu und schreiben sich's auf:

Unbedenkt du dasles Ding:  
Du laßt dich fällen,  
Du laßt dich töllen,  
Du laßt dich riefen,  
Du laßt dich jolieren,  
Du laßt dich zogen  
Wie de Doo die de Säna.

Im Namen des Vaters †, des Sohnes † und des heiligen Geistes †.

So, das ist der Spruch, sagte er noch. plattdeutsch ist er wichtiger, denn er kommt mehr aus dem Herzen. Aber glauben auch man, glauben und große Willenskraft haben und der Krankheit energig bekämpfen: Du sollst, du magst! Durch Suggestion kommt die Heilung. — Dann weiß ich gegen die Nase noch einen hochdeutschen Spruch, der aber nicht so gut ist. Er lautet:

Die Nase hat in diese Welt  
Uns Gott als Kömign gesandt  
Und über ihr das Sternenzelt  
Als Krönungsmantel ausgepannt.  
Nase, Nase, weiche,  
Knieh auf eine Beuge  
Und laß die Lebenden befreit  
Von nun an bis in Ewigkeit!

Ich danke Ihnen, sagte ich. Romanen denn viele Leute zu Ihnen?

So ziemlich! Jeder hat ein besonderes Anliegen, besonders die Frauen und Mädchen. Aber mit diesen will ich nichts zu tun haben, sie sind gefährlich wie der Satan, der selbst den Herrn verführen wollte!

Sie, vielleicht hat der Mann recht, er wird wohl darin viele Erfahrungen gesammelt haben. Ich empfehle uns dann. Ich gab ihm eine Karte für meine Bekanntschaft, aber bis heute ist keine einzige Briefe gekommen, was natürlich, weil ich

ein unglücklicher Thomas bin.

jugendrente als Hilfslehrer eingestellt werden. — Reimpehl (Dem.) hält eine Ausschukberathung für notwendig. — Prof. Dr. Steffen (Dem.) tritt für das Ersuchen Schermer ein. Arbeit ist für die Entlassenen vorhanden. Sie dürfen nicht der Erwerbslosensfürsorge anheimfallen. Die Heizung der Turnhallen sei bringend erforderlich. Verschiedene Krankheiten, die durch krummes Sitzen der Kinder hervorgerufen würden, könnten durch entsprechende Bewegungen und turnerische Übungen gehindert werden. Für solche Übungen aber seien geeignete Räume nötig. — Haut (Soz.): An den Ausführenden des Vorstandes muß ich etwas Kritik üben, obgleich er ein Fachmann in diesen Fragen sein will. Mit der Heizung in den Turnhallen hat es in früheren Jahren stets gepapert. Uebrigens dürfte Dr. Steffen nicht vergessen zu fragen, woher die Mittel für die Heizung genommen werden sollen. Gutes Essen und Trinken hilft oftmals besser gegen Krankheiten als Turnen. — Dr. Steffen (Dem.): Gegen Rückgratverkrümmungen hilft nur Turnen, kein Essen und Trinken. Mit dem Hinweis, daß kein Geld vorhanden ist, kann man alles abschneiden. — Die Vorlage wird einem Ausschuk überwiefen. Das Ersuchen von Schermer, wonach die Oftern abgesehenen Lehrkräfte als Hilfslehrer eingestellt werden, wird angenommen.

9. Antrag: Erlass eines Gesetzes über eine erhöhte Anrechnung der während des Krieges zurückgelegten Dienstzeit. — Wird angenommen.

10. Antrag: Nachbewilligung für die Betriebsbehörde, Wt. Schlachthof.

11. Antrag: Nachbewilligung für die Marktthale. — Diese beiden Anträge werden dem Hausauskuss überwiefen.

12. Antrag: Gehührenerhöhung beim Schlachthof, bei der Fleischthale und beim Kuhwirthshof. — Wird angenommen.

13. Antrag: Aenderungen in den Beamtenstellen der Feuerwehr. — Ambrosius (Dem.) beantragt die Streichung einer Brandingenieurstelle. — Meier-Moisling (Soz.) verlangt die Errichtung eines Feuerwehlers in Moislung. Wäre ein Feuerwehler vorhanden gewesen, dann hätte der letzte Brand nicht so großen Schaden anrichten können, da die Feuerwehr fehlher zur Stelle sein konnte. — Senator Mehlert betont, daß die Brandingenieurstelle nicht besetzt ist. Die Kosten eines Feuerwehlers in Moislung belaufen sich auf rund 50 000 Mark. Eine Fernsprechverbindung während des Gemitters ist wegen der großen Gefahr, daß Personen gesundheitlich geschädigt werden, unmöglich. — Senz (D.M.) ist für die Errichtung eines Feuerwehlers in Moislung. — Nach einer kurzen Bemerkung von Rosenquitt (Dem.) wird die Vorlage mit dem Antrage Ambrosius angenommen.

14. Antrag: Mittel zur Erhöhung der Arbeitslohnung für die Gefangenen. — Wird angenommen.

15. Antrag: Nachbewilligung auf die Kosten für diplomatische Sendungen. — Wird angenommen.

Auf Anregung von Syndikus Dr. Lange wird beschlossen, Antrag 17 vor Antrag 16 zu beraten, damit für Schönböden und Westlos gleich die Landgemeindevorordnung Gültigkeit erlangt.

17. Antrag: Eingemeindung von Schönböden und Westlos. — Wird ohne Debatte mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

18. Antrag: Erlass einer neuen Landgemeindevorordnung. — Dr. Wittern (frakt.) hebt hervor, die Vorlage sei das Ergebnis einer gegenseitigen Verständigung im Ausschuk. Man habe von allen Seiten nachgeben müssen, um zu diesem Resultat zu gelangen. Die Vorlage entspreche im allgemeinen den Bedürfnissen und den gerechten Anforderungen. — Senatsandikus Dr. Lange ist mit der Vorlage im allgemeinen einverstanden, wünscht aber, daß die vom Stadt- und Landamt vorgeschlagene Aenderung betreffs Heranziehung der Gemeindeglieder zu den Regenerkosten angenommen wird. (Der „Volksbote“ hat die vorgeschlagene Aenderung erst kürzlich veröffentlicht.) — Dr. Wittern ist mit dieser Aenderung einverstanden. — Kaschob (Soz.) stimmt dem Vorschlag ebenfalls zu. Er beipricht dann mehrere Paragraphen und hält einige Bestimmungen für überflüssig. § 8 dürfte nicht zur Beschränkung der Freizügigkeit angewandt werden. Ein wichtiger Punkt sei die Steuerfrage. Die Gemeinden müßten das Recht haben, über Luxussteuern selbständig beschließen zu können. Radner beantragt, den § 24, der die Aufbringung der Kosten regelt, zu streichen und dafür die frühere Senatsfassung anzunehmen. — Wolfpradt (Soz.) beantragt, daß die Wahlzeit in den Landgemeinden, sowohl für die Gemeindevorwahl als auch für die Bürgerwahlen, von 10 bis 4 Uhr festgelegt wird, damit alle Wähler ihr Wahlrecht ohne Nachtheil ausüben können. — Senz (D.M.) hätte persönlich lieber gesehen, daß für Gemeindevorwahlen anstatt drei Monate eine Anwesenheitsdauer von sechs Monaten festgelegt worden wäre. Im allgemeinen hätten die alten Bestimmungen genügt, da nie Klagen darüber geführt worden seien.

In der Spezialberatung werden die einzelnen Paragraphen mit einigen redaktionellen Aenderungen angenommen. § 24 wird in der alten Fassung wieder hergestellt, nachdem Kaschob (Soz.) und Haut (Soz.) warm für die Aenderung eingetreten sind. Sie verlangen vor allem, daß der große Grundbesitz und die Bemittelten scharf zu den Abgaben herangezogen werden. — Dr. Wittern ist gegen den Antrag Kaschob und schlägt vor, den § 24 an die Kommission zurück zu verweisen. — Die gesamte Vorlage wird mit dem Antrag Kaschob mit 2/3 Mehrheit angenommen. — Die Wahlordnung wird, nachdem die Wahlzeit in den Landgemeinden auf Antrag Haut von 12—4 Uhr festgelegt ist, ebenfalls angenommen. Darauf wird auch die Wegeordnung mit geringfügiger Aenderung mit 2/3 Mehrheit angenommen.

Sodann wird die Flaggenfrage kurz erörtert. Die Deutsche Volkspartei, Landesverband Südbad, hat einen Antrag gestellt, der dahin geht, die Reichsregierung zu veranlassen, im Reichstage eine Gesetzesvorlage auf Abänderung der Reichsverfassung einzubringen, nach der Artikel 3 Satz 2 die Fassung erhält: „Die Handelsflagge ist schwarz-weiß-rot.“

Haut (Soz.) erklärt: In der Flaggenfrage steht die sozialdemokratische Fraktion auf dem Standpunkt, daß die Bestimmungen der Reichsverfassung maßgebend sind. Es ist bedauerlich, wenn aus agitatorischen Gründen von den Verehrern der schwarz-weiß-roten Flagge diese Frage hier aufgeworfen wird. Ferner bedauern wir, daß in Weimar keine Auzenszeit für die Einführung der neuen Handelsflagge mit der Gölz festgelegt wurde. Das hat manche Erregung hervorgerufen. Die gesetzlichen Bestimmungen sind nicht zu ändern, sie müssen für alle maßgebend sein. Daher beantrage ich Uebergang zur Tagesordnung. — Zwischen Dr. Wittern und dem Wortführer entsteht eine Auseinandersetzung. Wittern will die Flaggenfrage von der Tagesordnung abgesetzt wissen, während der Wortführer die Absetzung, nachdem der Ausschuk über die Sache verhandelt und an die Bürgerchaft gebracht hat, nicht für zulässig erklärt. — Reimpehl (Dem.) gibt folgende Erklärung für die Demokraten ab: „Die Frage der Handelsflagge ist keine Parteifrage. Wir stehen grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß die Handelsflagge die alten Reichsfarben schwarz-weiß-rot beibehalten muß. Handel und Schifffahrt sind unter diesen Farben groß und weltbekannt geworden. Die Flagge jetzt zu ändern, würde unwägbare Werte zerstören und das deutsche Ansehen im Auslande noch mehr herabziehen, als es schon geschehen ist. Auch mit Rücksicht auf die Handels- und Schifffahrtsinteressen Südbads halten wir es für geboten, daß der Senat an seiner bisherigen Stellungnahme festhält und diese nachdrücklich im Reichsrath vertritt.“ — G. Reimpehl (D.M.) gab für seine Fraktion eine Erklärung für die schwarz-weiß-rote Handelsflagge ohne Zusatz ab. Nur diese habe sich bewährt und sei brauchbar. Die neue Regelung führe nur zu Verwirrungen und schaffe Unklarheiten. Die Handelsflagge und die Reichsflagge seien zwei ganz verschiedene Flaggen. Die Aenderung der letzteren stehe nicht zur Erörterung. — Wapze (frakt.) trat in kurzen Erklärungen ebenfalls für die reine schwarz-weiß-rote Handelsflagge ein. — Der Antrag Haut auf Uebergang zur Tagesordnung wird angenommen.

Ende 9,5 Uhr.

## Gewerkschaften.

Die Arbeitslage in der Metallindustrie. Die letzte Statistik, die der Deutsche Metallarbeiterverband über die Arbeitslage in der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie veröffentlicht, weist eine erfreuliche Senkung der Arbeitslosen und Kurzarbeiterziffern bei den Mitgliedern seines Verbandes auf. In der 4. Augustwoche umfassen die Erhebungen 717 Verwaltungen mit 27 319 Betrieben und 1 981 789 Arbeitern. Von diesen Betrieben waren voll beschäftigt 25 689, verfürzt arbeiteten 1 499, während 211 stillgelegt waren. Von den Arbeitern waren in den vollbeschäftigten Betrieben täglich 1 834 535, in den Betrieben mit Kurzarbeit waren 149 865 beschäftigt und die stillgelegten Betriebe hatten einen Arbeiterbestand von 7 859. Entgegen der Vorwoche hatte sich die Zahl der Kurzarbeiter um 8 319 vermindert, während die Zahl der Vollbeschäftigten um 8020 stieg. Die wöchentlichen Veränderungen in der Gesamtziffer der Kurzarbeiter veranschaulicht folgende Tabelle:

Woche vom	17. bis 24. Juli	192 846
„ „ 24. „ 31. „	180 239	
„ „ 1. „ 7. August	173 391	
„ „ 7. „ 14. „	164 345	
„ „ 14. „ 21. „	158 184	
„ „ 21. „ 28. „	149 865	

Die Feststellungen über die Dauer der Kurzarbeit ergaben, daß die größte Zahl der kurzarbeitenden Betriebe, nämlich 557 mit 61 954 Arbeitern, 36—41 Stunden arbeiten, 330 Betriebe mit 29 860 Arbeitern sind 24 bis 31 Stunden tätig, 320 Betriebe beschäftigen 26 604 Leute 32—35 Stunden in der Woche, während 180 Betriebe 23 200 Arbeiter 42—45 Stunden in der Woche beschäftigen geben können, 8 247 Arbeiter müssen in 52 Betrieben unter 24 Stunden in der Woche tätig sein. Diese letzte Kategorie ist seit der 1. Juli-Woche erfreulichweise im Rückgang begriffen. Damals zählte man noch 125 Betriebe, die 11 537 Arbeiter unter 24 Stunden in der Woche beschäftigten.

Von den 1 520 515 Mitgliedern des Metallarbeiterverbandes waren 84 315 arbeitslos. Davon allein in Berlin 14 402. Auf je 100 Mitglieder waren in der Woche vom 17. bis 24. Juli 2,84 Proz. arbeitslos. Diese Zahl hat sich bis zur Berichtswoche mit 2,28 Proz. Arbeitslosen nur sehr wenig verändert. In Arbeitslosenunterstützung wurde in dieser Woche die Summe von 244 633 Mk. ausbezahlt.

## Metallarbeiter-Kongress.

Jena, 17. September 1921. Die heutige Sitzung wurde zum größten Teil ausgefüllt von der Statutenberatung. Die Beiträge wurden in der ersten Klasse von 3 Mk. auf 4 Mk., in der zweiten Klasse von 1,70 Mk. auf 2,50 Mk. wöchentlich erhöht. Dementsprechend erfahren auch die Unterstützungsätze eine Erhöhung. Die Statutenberatung wurde nochmals unterbrochen, um den Fraktionen Gelegenheit zur Stellungnahme zur Besetzung des Vorstandes, des Ausschusses und der Redaktion zu geben. Die Unabhängigen verlangten partiellische Zusammensetzung des Vorstandes. Die SPD. erhob auf Grund ihrer Stärke Anspruch auf die Mehrheit im Vorstand, die ihr auf dem Verbandstag in Stuttgart genommen worden ist. Sie hat den Vorschlag 5 zu 4 gemacht. Dann müßte von der USP. ein Mitglied aus dem Vorstand ausschcheiden. Dagegen sträubt sich die USP. Es ist möglich,

daß eine Verständigung auf der Grundlage von 6 zu 5 erfolgt. Gegenwärtig ist das Verhältnis im Vorstand: 3 USP. und 3 SPD. Die Wahl erfolgt erst morgen.

Der Verbandstag nahm einstimmig eine von der SPD. eingebrachte Resolution an, die einen Protest bildet gegen die Uebergriffe der Besatzungsbehörden im besetzten Gebiet. Um 4 Uhr wurde die Verhandlung abgebrochen und auf 7 Uhr verlegt, da die Fraktionen inzwischigen Sitzungen abhalten mußten. — Die Fraktionsvorsitze der SPD. und der USP. haben im Laufe des Tages eine gemeinsame Entschlieung zum Geschäftsbericht eingebracht. Diese Entschlieung entspricht in ihrem weitesten grössten Teil der Resolution der SPD. Von der Resolution der USP. wurden die beiden leitenden Absätze über die Kennzeichnung der wirtschaftlichen Verhältnisse in den letzten Jahren übernommen. Ferner wird ihr die Zustimmung zu den Maßnahmen des Vorstandes und des erweiterten Beirates zur Aufrichtung der gewerkschaftlichen Einheitsfront ausgesprochen. Die Entschlieung wurde mit großer Mehrheit von den Delegierten der SPD. und der USP. angenommen. Es fand dann eine Ueberrückung statt, in der Beschlüssen erledigt wurden, die kein allgemeines Interesse haben.

Jena, 18. September. (Eigener Drahtbericht.) Auf der Schlußtagung des Metallarbeiter-Kongresses wurden Ditzmann (USP.), Egger (SPD.), Reichelt (SPD.) und Brandes (USP.) als gleichberechtigte Vorsitzende des Hauptvorstandes gewählt. Weiter wurden 11 unbesoldete und 11 besoldete Kollegen in den Hauptvorstand delegiert. Die Wahl der letzteren fand in einer gemeinsamen Konferenz zwischen USP. und SPD. statt. Die Kommissionen wurden hierbei ausgeschlossen. — Die Tagung erklärte sich mit dem vor einiger Zeit vollzogenen Ausschluß der kommunistischen Metallarbeiter verstanden.

## Aus aller Welt.

Zwei neue Weltkonzerne geschlossen. In Belgien sind die Geschäftskontakte zweier Weltkonzerne polizeilich geschlossen worden. Es handelt sich um den „Jäger-Konzern“ und um den „Sabu-Konzern“. Die Einzahlungen beim Jäger-Konzern betragen ungefähr 8 1/2 Millionen Mark. Die Inhaber der Unternehmungen sind flüchtig. Jäger hat 1 1/2 Millionen Mark mitgenommen. Der „Sabu“-Konzern hat ein sehr kurzes Dasein gehabt. Der Inhaber, der ehemalige Kellner Wilhelm Becker, hat sich in der Brüderstraße vor sechs Wochen ein Zimmer gemietet und in Prospekten Leipziger Wettlustigen 40 bis 60 Prozent Dividende versprochen. Er scheint nach Rußland geflüchtet zu sein.

Ausbreitung der Ruhrpest in Thüringen. Die vor mehreren Wochen in einigen Kreisen ausgebrochene Ruhrpest breitet sich immer mehr aus. In dem weimarischen Dorf Tiefenort sind allein bisher 85 Personen gestorben. Sämtliche Schulen sind geschlossen. Die Regierung hat einschneidende Maßnahmen angeordnet, um die Epidemie zu bekämpfen.

Vorzellangebläsfabrik. Eine vierköpfige Faltschmüngerbande wurde verhaftet, die Vorzellangebläse hergestellt hatte. Die Faltschmüngerwerkstätte befand sich in einem Keller, wo auch vorhandene Formen und eine Menge hergestellter, aber noch nicht gebrannten Vorzellangebläse beschlagnahmt wurde.

Störtebeckers Silberfisch. In dem vor einigen Tagen in Neuhaus a. d. Oße gemachten seltenen Fund, der als Räuberfisch des Räuberhauptmanns Störtebecker bezeichnet wurde, kommt etwas Licht durch eine neue Entdeckung des Archäologen Bruno Riep. Nachdem der Altertumsforscher im Ammendorfer Moor eine frühgeschichtliche Schanze und den erwähnten großen Silberfisch aufgefunden hat, sind von ihm jetzt am Ausfluß der Oße in die Elbe die Ueberreste der historischen Schlackenburg entdeckt worden. Es war dies ein burgähnliches Schloß, das vor ungefähr 800 Jahren an besagter Stelle gestanden hat. Wie die Geschichte berichtet, ist es von den Hadeln auf ihren Kriegszügen zerstört worden. Hohe, wallähnliche Anlagen umgeben den Fundort. Die Nachforschungen sollen fortgesetzt werden, da man noch mancherlei Schätze zwischen den Wallanlagen und an der Stelle der Schlackenburg vermutet. Störtebeckers geheimnisvoller Schatz scheint es also nicht zu sein, den man vor einiger Zeit gefunden hat; nach diesem sagenhaften Schatz wird immer noch gesucht.

Eine Zeppelinbauwerkstätte in der Schweiz. Die Zeppelin-Werkstatt hat eine Niederlage auf der schweizerischen Seite des Bodensees in Rorschach eröffnet. Die neue Fabrik, die unter einer schweizerischen Firma arbeitet, wird sich in der Herstellung von Metallflugzeugen spezialisieren.

Schweres Unglück auf den Münchener Oktoberfest. Am Sonntag, am ersten Tage des Münchener Oktoberfestes auf der Theresienwiese, hat sich ein schweres Unglück ereignet. Nachmittags 4 Uhr gab der überlastete Boden der Plattform einer sogenannten Leppschritzbahn nach und brach in sich zusammen. Später wurde bekannt, daß der städtische Rettungsdienst in seinem Auto 15 mehr oder minder schwer verletzte Personen in die Krankenhäuser eingeliefert hat. Der Betrieb der Bahn wurde durch die Polizeibehörde sofort eingestellt.

Die Ueberflutungen in Texas. Bisher wurden nach der Ueberflutung über 100 Leichen an den Ufern des Gabilanflusses gelandet. Die Handelskammer von San Antonio schätzt den durch die Ueberflutung angerichteten Schaden auf acht Millionen Dollars.

Von Dieben erschlagen. In Motten (Rhön) wurde dem Wärtner Schumann, der zur Nachtzeit die Obstbäume bewachte, die Schädeldecke zertrümmert. Die Täter sind flüchtig.

## Reinmaten.

Von Fritz Pau.  
En Frau, de ni schell,  
En Hund, de ni bell,  
En Ratt, de ni mus!  
Sind ni to brufen in Hus!  
Wenn de erste Habbar (Storch) Fröhjohrs up 'n Buervagt in Schin sin Nest treggliert in de ersten Swolken (Schwaben) dör Stina Reisch er zwei Delenfinster lusen, denn keem dar en Wort in 'e Been, dat 'n ganzen Winter ünner 'n Wuten (unterm Strohdach) mank Spinnwebensicht und Delen (Winsenfen) legen harr, reed si den Slay ut de Ogen, stell si breetbeinig dör Stina Reisch un eh'n Peter hen, un de negen Wokstaben treegen sich fast bi de Hand tofaten, reeten Näs un Mul wiet los un gröhln ehr in 'i Gesicht.  
„Reiteiteinmaten!“  
Un dat lilt Wort Machteker (irrie) in de Rat herümmer, as son Mus, de ehr Lod ni wedder fin'n kann, un Hund un Ratt teeken si an: „Nu höll di an 'n Lun (Zaum)!“  
Un denn löpen de negen Wokstaben lant de Redder (Beiter) up, to Bön — un haben in 'i Hahnenholt (Dachstich), neeg bi 'i Uhlentod, dar kröpen se na 'i Dad zin. Dar haben keem Stina wies mit eh'n langen Uhlbeifen.  
Peter Reisch weer sonst ni awerglösch (abergläubisch), awers wenn dat Reinmaten los gung, denn weer de Düwel in de Rat togang, dat glöw he.  
Wenn Stina Reisch dat Reinmaten in 'n Ropp krees, denn weer se rein unlos, un awerwegens wo se herbeet, dar grien ehr dat an: „Wat 'n Schiel, wat 'n Schiel!“ Un denn müß Peter er de Finster uhsahn, un de Wulst losmaten, dat de reed Peter Reiter sprung ut de Lut mit un keem acht Dag ni wedder in Hus. Se dör al olt un kunn den Tod ni aff.

Un buten dör 'i Hus maken de Hühner 'n langen Hals un löpen na de Wisch hendal. Se kenn'n Stina: wenn de an 'i Reinmaten weer, denn weer 'n sin Leben ni seker. De ol swart Menorla-Hehn harr mal een mit 'n Luffel an 'n Ropp treegen un harr si so dennig verfeert (so sehr erschrocken): dreemal harr se nafen (später) 'n Windel leggt.  
Sont leeg de ol Karo ünner up 'n Kantüffelack up de Del. Karo müß up sin oien Dag si en anner Harbarg (Herberge) lölen. Neeg bi em, achter de Kantüffelack, weer 'n Muslod. Jeden Abend weern dor twee Müs ruffkapan un harrn si in Stina ehr Spiestamer an de dide Grüt plegt. Nu seef dar 'n oln ünnerigen Leerproppen in dat Muslod, un de beiden Müs maken 'n krusje Näs un gnabbeln si 'n armer Lod.  
Stina weer haben up 'n Bön in de lilt Kamer mank dat ol Wünnwart togang, un 'n ol Rafun-Jad un 'n Gegenmaten-Rod, de meist to lecht weern för 'n Wünnbüdel, de müßen dar noch mal wedder rünnen von 'n Nagel: bi 'i Reinmaten keem dat up 'n poor Löder ni an.  
Dat weer e en Glüd, dat Stina si von achtern ni sehn kunn: Peter harr mal in Düstern na de Teerbütt einlangt un harr nafen sin Hand in Stina ehr Jad affwisch, un nu seech ehr Uchtergehell (Stinkerheil) ut, as son Landstort, un wer 'n beten up de Rort Befcheed wuß, de kunn gehört sehn, wo de Elm öwer Stina eh'n breeden Büdel bi Cughaben na de Nordsee tinwöhl.  
De Beiderward-Rod weer ehr weel to tort: weer he länger we'n, harrn de beiden groten Löder in Stina eh'n Strümpenschach ol ni ünner rut sefen.  
Up 'n Finsterhaken hung 'n grot rothunt Halsdof, mit luber Suldatenbiller up. In all de weer Eden sin en liltten Spruch. Stina lö den Dof in 'e Dreefant un hunn si em ün 'n Ropp, un jüs eben haben de Teerplaten, neeg bi Cughaben, dar dummei de Schep (Schiff) weer von de Rat hendal, as son Kollage, un er de Schep.  
„Das Wort Reicht un, der Stinm blät, las!“

In düßen Upstand (Aufzug) keem Stina de Böntrapp hendal. Peter weer jüs bi un hat dat Delenfinster ut: he harr 'i bad dalsmeten, so verfeer he si. Lachen döf he ni; harr he lach, Peter, he harr tom letzten Mal lacht. Peter lach innerli.  
He gung blang bi 'i Hus rüm, un achter 'n Stall seef he si up 'e Schwat (Schiebtare) un stopp sin 'n Rastkummel (kurze Pfeife). He harr man erst eben sefen, Peter, do keem Karo ol all im de Ed un lä sin 'n rugen Ropp up Peter sin Kneer un keef em an: „Bis ol unreit (fortgelaufen)!“ Un de ol Kater keem dör de Sackernbüsch truppen un juel: „Is he nu bi?“ Un Peter krael (krachte) Karo in sin rug Fell un fung mir em an to iraden: „Ja — Karo — ja nu 's in ehr Fett, de Dsch, kann 'n bang warre ut 'n Düwel — wat sech se ut. Lat ehr man, Karo — lat ehr man — mutt utwueeren (austoben) — 'i gift si all — 'i gift si all.“  
Wenn he mit Karo maet, Peter, denn sä he, wat he wull; weer he bi Stina, sä he garnit.  
As de ol Kater maet, dat de beiden dar up de Schwat seef ehr Rort flagten, keem he of ran und schür si an Peter sin Büg lant, un Peter strafel em mal öwer 'n Ruch un lä em of 'n poor Wöer; un Synd un Ratt warn rein los beten annershaftig to Wot un vergeeren 'n Ogenblick ehr god Not.  
Peter sin Piep fung an to iraden (schmarzen), he seef ehr in 'e Tach; do lweeg se siil.  
'n Ogenblick seef he un gruwel (dachte nach), Peter: vondaag weer Mandag, dör Sünabend harr Stina de Rat ni rein; un he kreeg Karo bi de Ohren tofaten un keef em an: „Söh Dag up warmten Grütbüdel (Grüppudding) un dide Grüt mit Sirup — ünner umschichtig (abwesend) — Karo, wo schall uns Schafels dat noch gahn!“ Un Karo nickfopp un anow: „Weern wi man erst wedder an Werd!“ De Kater wull et wat seggen, awers Karo keef em se munnwösch (verdrückelt) von de Stin an: „Du si se gett Strundslud un Raffen, de hock in Land, de kunn 'e an Wöer bruten.“

Der noch unbewundene Himalaja. Die Himalaja-Expedition, die von Norden und Nordwesten aus vergeblich eine Besteigung des Mount Everest versucht hat, ist zu dem Ergebnis gelangt, daß auch von Osten her kein Weg für die Besteigung offensteht. Auch im Osten ist die nähere Umgebung wie im Norden und Nordwesten so reich an Steilen und tiefen Schluchten, daß selbst die kühnsten und erfahrensten Bergsteiger der Expedition jeden Versuch, weiter Boden zu gewinnen, für unmöglich erklärt haben. Der Expeditionsleiter hat jedoch noch nicht alle Hoffnung aufgegeben, da die Expedition einen Gletscherfluß entdeckt hat, dessen Lauf weiter verfolgt werden soll. Man hält es nicht für unmöglich, daß sich auf diese Weise doch noch eine Besteigungsmöglichkeit eröffnet. Die Expedition befand sich zur Zeit der letzten Nachricht in Kharta, östlich des Mount Everest.

Im Kraftwagen durch die Sahara. Die Durchquerung der Sahara im Kraftwagen, die bisher vergeblich versucht wurde, soll jetzt durch ein reich ausgestattetes Unternehmen versucht werden, das die Unterstützung des französischen Kriegs- und Kolonialministeriums genießt. Die Reise wird von Zuzut in Algerien aus angetreten und soll bis nach Timbuktu führen. Es werden 12 Kraftwagen verwendet, die mit Vorrichtungen versehen sind, um sich auf dem Sande fortzubewegen, ohne tief einzusinken. Jeder Wagen ist mit einer genügenden Menge Petroleum für die ganze Reise von über 2500 Kilometern ausgestattet, ebenso mit einem Maschinengewehr. Außer den Kraftwagenführern nehmen an der Expedition ein Geologe, ein Journalist und ein Filmoperator teil. Man hofft, die Wüste innerhalb 14 Tagen zu durchqueren.

### Sittlichkeit in früherer Zeit.

Wenn man über die Unsitlichkeit der Gegenwart klagt, und die gute, unschuldige, alte Zeit preist, so genügt ein Blick in die Chroniken des Mittelalters, um den eines Besseren zu belehren, der in einseitiger Befangenheit solche Vorurteile hegt. In dem von Laurent übersetzten „Chronikon“ wird von einer Königin, der Tochter des Markgrafen Theobald, erzählt, die einen Sklaven heiratete, einem andern einen Sohn gebar, dann aber Abtissin in Magdeburg wurde.

Die dramatischen Werke der bekannten Nonne Roswitha in dem obigen Kloster Gandersheim wimmeln von Szenen, die heute kaum ein Theater bringen dürfte; manche spielen im Bordell. Ein Liebhaber verkauft sogar, seine tote Geliebte zu mißbrauchen, wird aber daran gehindert. Roswitha hat nach eigener Angabe diese Dramen zur „Besserung“ der Menschen geschrieben, und die Literaturgeschichte betrachtet die Sache in diesem Lichte. Aber das Schmelzen der frommen Nonne im Sexuellen deutet doch auf eine angetane Phantasie; die Natur läßt sich eben nicht austreiben. Was sie in Wirklichkeit nicht tun durfte, malt sie sich im Geiste aus. Die lateinisch geschriebenen Stücke der Roswitha sind bei Reclam in deutscher Uebersetzung erschienen.

Im allgemeinen begnügten sich die Klosterfrauen aber nicht mit phantastischen Vorstellungen ferneller Angelegenheiten. Nicht allein die Nonnen, sondern auch die Mönche und Priester huldigten dem Naturgesetz, und der Vernünftige wird weniger diese Menschen tadeln als vielmehr das Gebot der Ehelosigkeit. In dem Buche „Sittliches Leben“ von H. Schulz, 1. Band, S. 583, wird berichtet in dem Fragment „de rebus asiaticis“: Um das Jahr 1200 hatten auch die Priester ziemlich allgemein Beischläferinnen, weil gewöhnlich die Bauern sie selbst dazu antrieben. Sie legten nämlich: Enthaltam wird der Priester nicht sein können, es ist darum besser, daß er ein Weib für sich hat, als daß er mit den Weibern aller sich zu schaffen macht. — Nach G. L. Kriegel, Deutsches Bürgertum, Neue Folge, S. 236, hielt man um

1200 im Bistum Salzburg den Geistlichen für einen Heiligen, der sich mit einer Kontubine begnügte. —

Die Unterhaltung von Frauenhäusern (b. h. Bordellen) war eine offizielle Angelegenheit der Stadtverwaltungen. Als König Sigismund im Jahre 1414 nach Bern kam, hatte der Stadtrat ihm eine zarte Aufmerksamkeit zugesandt; er befahl nämlich, die Herren von Sigismunds Gefolge freundlich und unentgeltlich zu empfangen, indem er selbst sich die Bezahlung vorbehielt. Sigismund rühmte laut dieses Entgegenkommen des Berner Magistrats. Dieselbe Aufmerksamkeit erwies ihm 20 Jahre später der Stadtrat zu Ulm und der zu Wien. (Joh. Kunze, Zur Kunde des deutschen Privatlebens in der Zeit der salischen Kaiser, Berlin, 1902.) Derselbe Historiker berichtet, daß ein Abgeordneter, den 1446 der Rat von Frankfurt nach Köln schickte, in seiner Kostenberechnung auch die Ausgabe für den Besuch des Frauenhauses mit anführte, die ihm dann auch erstattet wurde.

Sogar als Lehren wurden Frauenhäuser von Fürsten, Bischöfen und selbst vom Reiche vergeben. Der Domdechant von Würzburg besah noch 1544 das Recht, daß das Dorf Martinsheim ihm auf Verlangen eine „schöne Frau“ liefern mußte. (Kriegel, Deutsches Bürgertum im Mittelalter, S. 295.) Als Kaiser Friedrich III. sich 1471 in Nürnberg aufhielt, schluge neines Tages als er vom Kornhaus kam, zwei Dirnen eine lange silberne Kette um ihn, aus der er sich mit einem Gulden lösen mußte. (Kriegel, S. 164.)

In Nürnberg wagte 1472 der Magistrat nicht, den Geistlichen den Besuch des städtischen Frauenhauses zu verbieten; er beschränkte sich darauf, zu unterlagen, daß sie eine ganze Nacht darin blieben. Freiherr v. Zimmern sagt in seiner Chronik vom Leben der Nonnen ausdrücklich, daß Nonnenlöcher häufig die Rolle von Bordellen spielten. (III, S. 70.) Der Adel suchte vielfach die Klöster zu Abenteuerern auf und kam dabei auch auf seine Rechnung; denn die Nonnen gaben sich nicht nur selbst den Besuchern preis, sondern verknüpfelten bisweilen auch andre Frauen, die dorthin zu Besuch kamen.

Der berühmte Geiler von Kaisersberg, Prediger am Straßburger Münster, sagt in seinem 1517 erschienenen „Brosamlin“ (fol. 10a) über die Nonnenlöcher: „Ich weiß nicht, welches Schier das heißt, ein Locher in ein femlich Kloster thuon oder in ein Frauenhaus.“ Er begründet dann diesen Vergleich eingehend.

Entsprechend diesen Vorbildern war es in der Bürgerschaft. In Zürich verbot der Magistrat im späten Mittelalter, „bei nächstem Bethe auf dem Tanzboden zu erscheinen.“ Also etwas Neues sind demnach die heute so verpönten Nachtünze nicht.

In den Höfen herrschten noch bis in den Anfang des 18. Jahrhunderts merkwürdige Sitten. Kiselotte von der Pfalz, die sich nach Frankreich verheiratete hatte, schreibt am 25. August 1719: „Ich kann nicht leiden, daß man mich an den Hintern rührt, denn es macht mich so toll, da ich nicht mehr weiß, was ich tue; ich hätte Monsieur le Dauphin (den Herrn Kronprinzen) schier eine brave Maulschelle gegeben, denn er hatte die schlimme Angewohnheit, aus Pöffen, wenn man sich setzte, einem die Faust mit ausgestrecktem Daumen unter den Hintern zu stellen.“ Die resolute Dame verbat sich das energisch; andre Damen des Hofes fanden aber Gefallen an solchen „Scherzen.“ (Elisabeth Charlotiens Briefe, veröffentlicht von Hans Helmolt, S. 268.)

Als Friedrich Wilhelm I. von Preußen einst den König August den Starcken von Sachsen besuchte, veranstaltete dieser ihm zu Ehren einen Ball (Redoute), auf dem „ein Mädchen, schön wie Venus und die Grazien, völlig nackt auf einem Ruhebett lag“; zugegen war hierbei auch der damals 16jährige Kronprinz Friedrich, der spätere Friedrich der Große! Dies berichtet nach den Quellen Besse, Geschichte des preussischen Hofes, III, S. 87.

Richard Tauber von der Staatsoper in Dresden, der während der Nordischen Woche den Laminio in der „Zauberflöte“ beifällig gelungen hatte, war von unserer Theaterleitung für Sonnabend und Sonntag zu neuen Gastspielen genommen wurde, die in „Mignon“ und „La Traviata“ brachte. Sowohl als Wilhelm Meister wie auch als Alfred Germont gab Tauber Proben seiner wahrhaft glänzenden Gesangskunst und der reichen Mittel, die ihm zur Verfügung stehen. Sein Tenor, der in allen Lagen gleich gut anspricht, ist biegsam und schmiegsam, so daß es seinem Gesange auch nicht an dem entsprechenden dramatischen Ausdruck gebricht. Als Wilhelm Meister in „Mignon“ war er uns allerdings etwas zu robust sowohl im Spiel wie im Gesang. Wilhelm Meister ist ganz gewiß kein lyrischer Schmachtlappen. Aber andererseits auch kein Heldentenor Wagnerischer Ausgäbe. Er ist vielmehr ein Zwitterding, und sein Porträt wird immer der Sänger an besten treffen, der es an dem lyrischen Zuderguß nicht fehlen läßt. Deshalb wirkte Tauber als Alfred Germont weit überzeugender denn als Wilhelm Meister. Dem stürmischen Liebhaber der schönen Puhlerin Violetta Valery steht sogar ein Uebermaß von Lebensdrang und Latenzsturm sehr gut an. Auch das vielköpfige Publikum hatte eine dunkle Empfindung dafür. So beifällig es auch immer Taubers Wilhelm Meister aufnahm: nachdem es ihn als Alfred Germont in Verdis „Traviata“ gesehen und gehört hatte, kannte sein Beifall keine Grenzen mehr und schloß schließlich sogar zu einem Beifallssturm an. Welche Aufführungen brachten noch ein zweites Gastspiel. Die Oskar-Thoman vom Stadttheater Rostock sang die Philine und die Violetta. Als Philine wirkte die Sängerin nüchtern und ziemlich hausbacken sowohl im Spiel wie auch im Gesang. Von Rostockerie war dieser Philine nicht das Geringste anzumerken, und den Koloraturen fehlte der Reghaste, verlockende Glanz. Welt freundlicher war der Eindruck, den die Rostocker Dame als Violetta Valery hinterließ. Das Spiel war dramatisch belebt und erhob sich sogar in der ersten Szene mit Alfreds Vater zu ziemlich bedeutender Höhe. Über auch gelanglich schnitt der Gast aus Rostock als Violetta weit besser ab und fand für die berühmte Halbmeltdame wirklich ergreifende Töne. Das Sonntagspublikum unterstrich es durch besonders lebhaften Beifall. Moritz Hartmann sprach sowohl als Lohario wie auch als Germont-Vater gut an. Der offenbar noch ziemlich jugendliche Sänger scheint sich zu machen. Eine prächtige Mignon bot uns Else Buchholz. Unser Lätting mit den posannenenagelhaften Wausbacken ist für diese Goethe'sche Gestalt wie geschaffen. Der Eindruck war denn auch außerordentlich stark, zumal auch Else Buchholz singen kann. Als Jarno und Dr. Grenvil stand Josef Zimmendorf auf dem Zettel. Mer den Biqueuner an seiner statt in „Mignon“ gelungen hat, habe ich beim besten Willen nicht erhören können; Zimmendorf war es aber ganz sicherlich nicht. Als Doktor in „La Traviata“ war für ihn Herr Direktor von Bongardt, der in allen Sätteln gerechte, selbst eingesprungen. Martha Quise Stolze erfreute an beiden Abenden durch ihre Balletkunst. Die musikalische Leitung lag Wolfgang Martin ob, der mit kräftiger Hand die Fäden führte und sowohl Thomas wie Verbi alle Gerechtigkeit widerfahren ließ.

**Das Zahnpulver** SOBOL **Nr. 23**  
reinigt die Zähne so vollkommen, daß schon nach kurzem Gebrauch das Aussehen derselben bedeutend verbessert wird.  
In den Apotheken und Drogerien.

**Druckfachen** jeder Art für Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübeker Volksboten“, Johannisstr. 46

**Lübecker**

# VOLKSBOTE

Organ für die Interessen der wertthätigen Bevölkerung

**Verbreitetste politische Tageszeitung Lübeck's**

**Höhere Abonnentenzahl als sämtliche in Lübeck erscheinenden politischen Zeitungen zusammen**

**Vorzügliches Insertionsorgan!**

6577